

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfsklasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1.50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Feslerstraße 28, I.

Nr. 11.

Hamburg, den 14. März 1896.

8. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Laut § 6 Absatz 6 des Verbandsstatuts sollen den wandernden Mitgliedern die schuldigen Beiträge von der Unterstützung in Abzug gebracht werden. Recht viele Auszahler der Wanderunterstützung kümmern sich aber nicht um diese Bestimmung, sondern zahlen die Unterstützung stets voll aus. Eine solche Handhabung des Statuts führt oft zu Unzuträglichkeiten, indem die reisenden Mitglieder demjenigen Auszahler, der konsequent handelt, den größten Krach machen und einfach darauf hinweisen, daß ihnen da oder dort keine Abzüge gemacht wurden und deshalb zu der Annahme gelangen, der konsequente Auszahler bringe die laufenden Beiträge zu Unrecht in Abzug. Um nun den Einzelnen die vielen Grobheiten zu ersparen, ersuchen wir alle Auszahler der Wanderunterstützung den § 6 Abs. 6 des Statuts genau zu befolgen. Es werden sich dann auch sehr leicht alle wandernden Mitglieder an diese Bestimmung gewöhnen.

Gleichzeitig verweisen wir darauf, daß diejenigen Mitglieder, deren Reiselegitimation voll ist, also bereits 24 Mal Unterstützung bezogen haben, für diesen Winter keinen Anspruch mehr auf die Unterstützung machen können.

Ferner geben wir nochmals ausdrücklich bekannt, daß für diesen Winter am 31. März zuletzt die Unterstützung ausbezahlt wird.

An die Kassierer in den Zahlstellen.

Obwohl im § 4 unseres Statuts genau festgelegt ist, in welchen Monaten der Sommer- resp. Winterbeitrag geleistet werden muß, kommen doch in dieser Beziehung noch ab und zu an uns Anfragen. Wir bemerken hierzu, daß die Winterbeiträge mit Ende April abschließen und von Anfang Mai ab die Sommerbeiträge beginnen. Um aber Irrthümer auszuschließen und damit überall einheitlich gehandelt wird, dürfen, nachdem das erste Quartal mit 13 Wochen abgeschlossen ist, für den Monat April nur vier Winterbeiträge erhoben werden. Es folgen dann die 26 Sommerbeiträge und alsdann für November und Dezember wieder neun Winterbeiträge.

Gleichzeitig machen wir es den Kassierern nochmals zur Pflicht, mit voller Kraft für den Vertrieb der Unterstützungsmarken einzutreten.

Der Verbands-Vorstand.

Fr. Schrader, Vorsitzender.

Die Verkürzung des Arbeitstages.

Die Argumentationen, die man nimmehr am Ende des neunzehnten Jahrhunderts aus Unternehmerkreisen der von der Arbeiterschaft aller zivilisirten Staaten erhobenen Forderung nach entsprechender Verkürzung des Arbeitstages entgegenbringt, lassen wohl mit Recht die vielfache Ueberzeugung reifen, daß jenes Verlangen außerhalb des Bereiches aller Möglichkeit liege. Und doch ist, abgesehen von den Urtheilen aller unabhängigen Autoritäten der Wissenschaft, und von den seit Alters her geltenden hygienischen Grundregeln, die Verkürzung des Arbeitstages eine Frage,

mit der sich die vernunftgemäße Sozialpolitik seit jeher beschäftigte.

Schon in Frankreich gehörte die Einschränkung der Arbeitsdauer zu einer der ersten und bemerkenswerthesten Forderungen des Jahres 1848. Stürmisch stellte die Arbeiterschaft an die in Paris provisorisch eingesetzte Regierung das Verlangen, sofort ein Gesetz zu schaffen, welches die Einschränkung der Arbeitszeit bestimme, weil dadurch die Möglichkeit gegeben würde, den vielen erwerbslosen Arbeitern eine Beschäftigung zu schaffen; auch könnte weiter dadurch wenigstens eine freie Stunde zur Pflege des Geistes und des Familienlebens geschaffen werden. Schon ehe diese Forderung erhoben war, hatte die provisorische Regierung eine Kommission für die Arbeiter in's Leben gerufen, als deren Präsident der übrigens auch mit an der Regierung als Mitglied beteiligte sozialistische Publizist Louis Blanc fungirte. Obwohl Louis Blanc mit den von den Arbeitern aufgestellten Forderungen sympathisirte, zögerte er doch, für deren sofortige Erfüllung einzutreten, sondern verlangte auch, die berufenen Vertreter mehrerer bedeutender Industriezweige zu einer vorherigen Berathung zu berufen. Willig stimmten die Letzteren, da sie die drohende Haltung der Volksmassen allenthalben sahen, der Reduktion der Arbeitszeit um eine Stunde zu und so kam jenes Dekret vom 2. März 1848 zu Stande, welches in Bezug auf den Arbeitstag bestimmte:

„In Erwägung, daß eine zu lange Beschäftigung nicht nur die Gesundheit des Arbeiters zerstört, sondern auch, indem sie ihm an der Pflege des Geistes, der Würde des Menschen Abbruch thut, verfügt die provisorische Regierung der Republik:

Der Arbeitstag wird um eine Stunde verkürzt; folglich wird er in Paris, wo er elf Stunden betrug, auf zehn, und in der Provinz, wo er bisher zwölfstündig gewesen ist, auf elf Stunden herabgesetzt.“ (Moniteur vom 3. März 1848.)

Allerdings war der dadurch ins Leben gerufene zehn- resp. elfstündige Arbeitstag etwas Unvollkommenes, eine Mißgeburt durch und durch. Das Gesetz erschien bei genauerer Betrachtung als ein Angstprodukt, und in der That war dessen Fundament nichts anderes, als das Bestreben, der aufgeregten Menge ein Befriedigungsmittel zu verabreichen. Schon der Umstand, daß im Gesetze selbst nicht die mindeste Vorkehrung für die Einhaltung desselben oder eine Strafe für dessen Uebertretung vorgesehen war, läßt die auffallende Fadenscheinigkeit genau erkennen. Diese Thatsache drängte daher auch schon in den nächsten Tagen nach dem Insleben-treten des Gesetzes zu einer Verbesserung hin, was die Strafsanktion vom 4. April zur Folge hatte: Jeder Arbeitgeber von Paris, welcher mehr als zehn Stunden effektive Arbeit fordert, soll im ersten Falle mit einer Buße von 50 bis 100, im zweiten Falle von 100 bis 200 Frs., bei erneuter Wiederholung mit Gefängniß von 1 bis 6 Monaten bestraft werden.

Aber so schnell wie das Gesetz gekommen, zerbröckelte es wieder und seine Wirkungen lassen sich auch der kurzen Dauer wegen nicht feststellen.

Die Junkämpfe waren kaum vorüber, als im Arbeitercomité in der Nationalversammlung ein Mitglied den Antrag auf Aufhebung des Märzdekretes einbrachte, und schon in der Sitzung vom 5. Juli legte der Berichterstatter des Comité's, Pascal Dupont, den Bericht desselben vor, in welchem das Gesetz als der Industrie schädlich und „gegen die Freiheit der Arbeit“ gerichtet bezeichnet wird. Die Regierung suchte vor der Hand die Verhandlung freilich noch für längere Zeit zu verzögern, da sie durch die plötzliche Annahme des Vertrages Arbeiterunruhen befürchtete. Auffallend klar trat hierdurch auch die Thatsache hervor, daß die frühere schleunige Annahme des Gesetzes einzig durch die den Regierungsmitgliedern eingefloßte Furcht bewerkstelligt wurde. Von Louis Blanc, dem sozialistischen Regierungsmitgliede, selbst ist in Frage zu stellen, ob seine eigene Befürwortung des Märzdekretes der inneren Ueberzeugung entsprang — ja seine spätere, in vielen anderen die Volksinteressen hart berührenden Dingen bekundete Ansicht läßt den hier angeregten Zweifel vollkommen rechtfertigen. Am 30. August 1848 begann endlich die Debatte, welche am 7. September mit der Wiederannahme eines zwölfstündigen Arbeitstages endigte.

Die herrschende Macht Frankreichs hatte vor der Hand nichts mehr zu befürchten und verfiel allmählig wieder in das Zeichen des Krebses, und bis heute hat die freie Republik wenig freirechtliche Gesetze und Einrichtungen den übrigen kapitalistisch organisirten Staaten voraus. Die bringende Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform, insbesondere auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, macht sich eben in der gegenwärtigen Periode hier wie dort, ob in der Bourgeoisrepublik oder in der monarchischen Staatsform auffallend bemerkbar. Der Ruf nach einem verkürzten Maximalarbeitstag, der heute abermals, und zwar mächtiger als je, aus allen Kreisen der denkenden Arbeiterschaft dringt, ist in Folge der seit dem Jahre 1848 gemachten technischen Fortschritte eine um so berechtigtere geworden, weil durch die fortwährend im Steigen begriffene Produktion die Spekulation des geschäftlichen Verkehrs des industriellen Lebens nicht nur gehemmt, sondern gänzlich zur Stockung gebracht wird. Die durch Arbeit erzeugten Produkte haben durch die heutige anarchische Produktion das Bestreben erhalten, sich an einzelnen Punkten des gesellschaftlichen Körpers anzusammeln, und bringen somit bedeutende Hemmnisse für die industrielle Thätigkeit auf allen Gebieten. Die gefühllose Profitwuth des Unternehmertums, die maßlose Suche nach Gewinn, erzeugten jene wüthende Konkurrenz, in der es Einer dem Anderen zuvor zu thun suchte, und die unmittelbaren Folgen sind Reduzierung der Arbeitslöhne. Dabei vergessen jene in ihrer Habgier blind gewordenen Herren freilich, daß der Arbeiter als Produzent zugleich als Konsument der von ihm erzeugten Waaren auf den Weltmarkt tritt, was auch für die Industrie von unabsehbaren nachtheiligen Folgen sein muß. Für den ersten Moment tritt die Thatsache freilich nicht sehr bedenklich zu Tage, weil dem profitgierigen Kapital die technischen Fortschritte sehr zu Gute kommen und eine meist mit wenigen Kosten verbundene Produktion ermög-

lichen. Einige Beispiele mögen dafür sprechen: Ein Weber, der in einer Baumwollwaarenfabrik in Amerika im Jahre 1870 noch 13—14 Stunden brauchte, um 9600 Ellen Stoff fertigzustellen, erzeugte infolge des technischen Fortschritzes schon im Jahre 1880 bei einer zehnstündigen Arbeitszeit 30 000 Ellen von demselben Stoffe. Auch die Stecknadel, das kleine, winzige Ding, könnte lehrreiche Geschichten erzählen! Während früher ein geschickter Arbeiter im höchsten Falle 20 000 Nadeln pro Tag liefern konnte, erzeugen heute die 700 Nadelarbeiter Englands täglich 50 Millionen. Wollen wir in der Kürze einen Ueberblick über die fortgeschrittene Technik gewinnen, so dürften folgende Zeilen genügen:

Die den arbeitenden Dampfmaschinen gleichwerthige Kraft stellt dar: in den Vereinigten Staaten 7 500 000, in England 7 100 000, in Deutschland 4 500 000, in Frankreich 3 000 000 und in Oesterreich-Ungarn 1 500 000 Pferdekraft. Rechnet man die Kraft der auf der Welt befindlichen 105 000 Lokomotiven hinzu, so haben wir die runde Summe von 46 000 000 Pferdekraften. Eine Dampf-Pferdekraft repräsentirt die Kraft von sieben Menschen. Die Dampfmaschinen der Welt stellen folglich ungefähr die Arbeit von 1 000 000 000 = 1 Milliarde Menschen dar.

Dieser Zustand hat nur für den Unternehmer allerdings den momentanen Vortheil, daß er die für ihn nöthigen Maschinen nur einmal bezahlt, während er die Kraft der auf diese Art tausendfach überflüssig gewordenen Arbeiter täglich, wenn auch zu denkbar niedrigen Preisen, kaufen mußte. Man beachte aber, daß die ins Maßlose gesteigerte Konkurrenz schließlich auch nur noch jene Unternehmung lebensfähig duldet, die bereits mit einem Riesenkapi tal in Betrieb gesetzt ist, während die Kleineren zurückgedrängt nur nachhumpeln, um schließlich wirtschaftlich ermattet auf dem Wettrennplatze der freien Konkurrenz liegen zu bleiben. Wie sich in derartiger Weise das Kapital allmählich mehr und mehr nur an einzelnen Punkten in den Händen immer weniger Kapitalmagnaten ansammelt, zeigt uns eine von dem Jesuitenpater Sehermann angestellte Berechnung, nach welcher sich der Nationalreichtum der Vereinigten Staaten von Amerika mit 80 pZt. auf 250 000 Einwohner vertheilt, während die übrigen 20 pZt. auf 60 Millionen Menschen fallen.

Wer nun das hier gezeigte Verhältniß in's Auge faßt und bedenkt, daß sich aus jenen vorhin gezeigten, durch die Maschine überflüssig gewordenen Menschenmassen — abgesehen davon, daß diese einen ständigen Druck auf die Löhne ausüben — naturnothwendig der „fünfte Stand“ der bürgerlichen Gesellschaft, das aus Vagabunden, Verbrechern und Dirnen bestehende Lumpenproletariat, rekrutirt, dem muß sich unwillkürlich

die Ueberzeugung aufdrängen, daß die heutigen Zustände unhaltbar und daß die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit nicht allein im Interesse der Arbeiter, sondern im Interesse der ganzen Gesellschaft liegt. Aber diese Erkenntniß fehlt dem heutigen Unternehmertum, und es erblickt in der Verkürzung der Arbeitszeit eine Schädigung der Industrie und legt damit dieselben Bedenken wie die französischen Industriekönige von 1848 an den Tag. Eine internationale Regelung dieser den Lebensnerv der Gesellschaft hart berührenden Frage wühlt man noch immer im Reiche der Unmöglichkeit, während man von Seite der Negierungen in viel anderen unwesentlicheren Fragen internationale Vereinbarungen erstrebt. Der Vortheil des Augenblicks, der fieberhaft gestiegene Egoismus, hat die maßgebenden Kreise der Gesellschaft in einen Zustand bedenklichen Deliriums veretzt und Herz und Kopf den Forderungen der Neuzeit verschlossen; und so tönt aus allen kapitalistischen Parteien und Körperschaften das zaghafte „Non possumus“, während man unterdessen ruhig durch den Fortbestand der alten planlosen Wirtschaftsweise den Aft, auf dem man selbst sitzt, abfägt.

Die Forderung behufs Durchführung eines verkürzten Maximalarbeitstages auf internationaler Grundlage ist aus diesen dargelegten Gründen auch noch lange keine sozialistische, sondern sie ist eine Forderung der reinen Vernunft und Menschlichkeit. Von unserem Organisationsstandpunkte bedeutet die Forderung eines verkürzten Arbeitstages vorläufiges Mittel zum Zwecke, weil der weiteren geistigen und physischen Entartung der unteren Klassen ein Damm entgegengesetzt würde, was einen Vorbau für eine auf gesünderer Basis ruhenden Gesellschaftsrichtung bedeutet.

Fr. Ll.

Berichte.

Berlin. Zwei öffentliche Zimmererverfassungen tagten am Sonntag, den 1. März, und beschäftigten sich mit dem Schiedspruch in Sachen des Zimmererstreiks. Die Versammlung für den Westen und Süden Berlins wie für die daran stehenden Vororte tagte im großen Saale der Viktoria-Brauerei, Bülowstraße, der bis auf den letzten Platz gefüllt war. Obir, der im Einigungsamt als Vertrauensmann fungirt hatte, berichtete über die Verhandlung und deren Ergebnis. (Veröffentlichung in Nr. 10 des „Zimmerer“.) Iredner berührte u. A. den Einwand des Rathes-Zimmermeisters Otto gegen das Argument der Arbeiter, daß auch die weiten Entfernungen von der Wohnung nach der Arbeitsstätte und zurück eine Verkürzung der Arbeitszeit, abgesehen von den bekannten anderen Gründen, als nothwendig erscheinen ließen. Otto habe wohl Recht, wenn er meinte, die weiten Entfernungen ließen sich mittelst der modernen Verkehrsmittel in ebenso kurzer Zeit zurücklegen, wie früher die geringeren. Dem sei aber doch entgegen zu halten, daß die Benutzung dieser Verkehrsmittel Geld koste und der Verdienst entsprechend geschmälert werde. Redner setzte nochmals die Gründe auseinander, welche die Arbeiterchaft im Allgemeinen und auch die Zimmerer dazu bewegen,

gerade die Forderung der Arbeitszeitverkürzung allen anderen Forderungen voran zu stellen. Dann legte er den Beschlüssen nahe, mit klarer Ueberlegung sich zu entscheiden, ob sie sich dem Schiedspruch fügen und dadurch der 9/10ständigen Arbeitszeit und dem Minimal-Stundenlohn von 52 1/2 \mathcal{M} zustimmen, oder ob sie auf der Forderung des Neunstundentages und eines Mindestlohnes von 55 \mathcal{M} pro Stunde festhalten wollten. Die Meinung der Platzdeputirten, welche sich am 28. Februar versammelt hatten, sei in der folgenden Resolution niedergelegt: „Die Verammlung beschließt: 1. In Anbetracht, daß der Schiedspruch des Einigungsamtes des Berliner Gewerbevereins aus Unkenntniß der Verhältnisse im Berliner Baugewerbe hervorgegangen ist und mit denselben im Widerspruch steht und in keiner Beziehung den gerechten Forderungen der Zimmerer Berlins Rechnung getragen hat, ist der Schiedspruch nicht anzuerkennen. 2. In Erwägung, daß der größte Theil der Unternehmer die gerechten Forderungen der Zimmerer Berlins und Umgegend durch Ehrenwort, sowie schriftlich anerkannt und sich verpflichtet hat, die winzigen Ansprüche auch im Sommer zur Durchführung zu bringen, und in Erwägung, daß ein anderer Theil der Unternehmer, ohne offiziell sich für die Forderungen auszusprechen, in den bezüglichen Geschäften thatsächlich nur neun Stunden arbeiten läßt und den Stundenlohn von 55 \mathcal{M} zahlt: beschließt die Verammlung ferner, daß die Kampftaktik wie folgt zu ändern ist: Bei allen denjenigen Unternehmern, welche länger als neun Stunden arbeiten lassen, sowie unter 55 \mathcal{M} Stundenlohn zahlen, wird hintert der Einzelkampf, und zwar durch Platzherren geführt, so daß stets nach Bedarf und dem Ermessen der Lohnkommission mit Zustimmung des Platzdeputirten über eine Anzahl dieser Geschäfte die Bau- und Platzp. re verhängt wird, die mit aller Schärfe und aller Energie geführt werden muß. Um diesen Kämpfen stets gerüstet gegenüber zu stehen, wird die Sammlung zum Agitations- und Unterstützungsfonds nach wie vor fortgesetzt, und zwar daß jeder arbeitende Kamerad bis auf Weiteres verpflichtet wird, wöchentlich mindestens M. 1 einzusteuern. Die Unterstützung der Gemäßigten und Streikenden, aber nur solcher, wird in der bisherigen Weise fortgesetzt.“ — Obst schloß sein Referat mit einer energischen Ermahnung an die Nichtorganisirten, sich an die Organisation anzuschließen. Man möge es als eine Warnung betrachten, daß gelegentlich der Verhandlungen vor dem Einigungsamt die Arbeitgeber an dem geringen Prozentsatz der Organisirten unter den Berliner Zimmerern (33 pZt.) Anstoß nahmen, indem ihrerseits fortwährend die Befürchtung laut wurde, daß ein großer Theil der Zimmerer bei ihren Konkurrenten für einen geringeren Lohn und täglich länger arbeiten würden, als sie eventuell ihren Leuten bewilligten. — Alle Redner, die an der ausgedehnten Debatte theilnahmen, sprachen gegen die Anerkennung des Schiedspruchs, und zwar wurde hauptsächlich betont, daß vor Allem an der Forderung des Neunstundentages festgehalten werden müsse. Die Abweisung des Schiedspruchs erfolgte zum Theil in recht scharfen Worten. Knäuper, der in der Deputirtenversammlung als einziger für Unterwerfung unter den Schiedspruch war, ist, wie er erklärt, nach reiflicher Ueberlegung zu dem entgegengegesetzten Entschluß gekommen. In ihm erregt besonders der letzte Passus des Spruches große Bedenken, worin es heißt, daß die Gesellen gehalten seien, nur dort zu arbeiten, wo die im Schiedspruch näher bezeichneten Arbeitsbedingungen erfüllt werden. Die Resolution wurde hierauf nach Schluß der umfangreichen Debatte einstimmig angenommen bis auf den letzten, die Unterstützung betreffenden Passus, gegen den sich eine Stimme erhob. Nachdem Obst und Müller noch zur strikten Befolgung des Beschlusses ermahnt hatten, theilte Fritzsche (Steglich) mit, daß der dortige Zimmermeister Kojinski an einem Tage bewilligt und am nächsten Tage schon Leute mit 50 \mathcal{M} Stundenlohn eingestellt habe.

Die Ameisen und ihr Staat.

(Schluß.)

Die Ameisen sammeln aber nicht nur in die Schuppen, sie säen und ernten sogar. In Texas nämlich — so weit müssen wir allerdings fort — lebt eine Ameise, die auf Grund ihrer eigenthümlichen, innerhalb der Thierwelt ganz einzig dastehenden Lebensweise die *Acetabularia* genannte Ameise genannt wird. Diese Thiere umgeben, in einem Abstand von einigen Fuß, den Eingang ihres Nestes, das ganz unterirdisch ist, mit einem Wall. Nachdem sie dann die Erde geebnet und geglättet haben, säen sie hier den sogenannten „Ameisenreis“, bevor der Sommerregen anfängt. Alle anderen Pflanzen werden wie Unkraut behandelt, indem sie ihnen die Wurzel abbeißen oder sie einfach ganz und gar heransreißen. Im November bildet der aufwachsende Ameisenreis einen schönen, grünen Gürtel um den Eingang der Wohnung. Die Ernte fällt in den Juni, der Samen wird dann in den Magazinen untergebracht, wo er sorgfältig gereinigt wird.

Die Ameisen haben aber nicht nur die friedlichen Beschäftigungen mit den Menschen gemein, sie führen wie diese auch Kriege. Nicht alle Arten sind gleich kriegerisch; einige legen sogar gradezu Feindschaft an den Tag. Andere wieder begnügen sich damit, Zubüden eines fremden Staates, die sich in den ihrigen hineingebürgert haben, einfach hinaus zu befördern, ohne ihnen im Uebrigen etwas zu Leide zu thun. Schließlich mag noch eine Art erwähnt werden, die so niedriger Natur ist, daß sie während des Kampfes zwischen großen Arten

die Schlachtfelder absucht und die Leichen verzehrt. Von dem französischen Forscher P. Huber, der das Leben der Ameisen mit Vorliebe studirt hat, besitzen wir die Schilderung eines Kampfes zwischen zwei Staaten der gelben Ameisen. Wenn wir — sagt er — die Heere der Ameisen im Kampf sehen wollen, einen Krieg in allen Formen, müssen wir in die Wälder hinausgehen, wo die gelben Ameisen ihre Herrschaft über alle Insekten ausüben, die sich auf ihr Gebiet begeben. Wir werden dann die rivalisirenden Staaten mit ungeheurer Einwohnerzahl sehen; wir werden die Weganlagen sehen, die in Radien von ihrem Bau ausgehen und von ungezählten Schaaren kriegerischer Individuen belebt werden, und wir werden sehen, wie zwischen zwei verschiedenen Horden der Krieg entbrannt, obgleich beide derselben Art angehören. Denn sie sind von Natur geborene Feinde und wachen eifrig über das Terrän, das ihre Wohnung umlegt. Hier habe ich Gelegenheit gehabt, zwei der größten Staaten miteinander in Streit gerathen zu sehen. Ich bin nicht im Stande, zu sagen, was sie zur Uneinigkeit entflammt hat; sie gehörten beide derselben Art an und waren einander an Größe und Anzahl ähnlich. Ihre Bauten lagen ungefähr 100 Schritt voneinander entfernt. Eine ungeheure Anzahl dieser Insekten bewegte sich in zwei Kolonnen, die ungefähr zwei Fuß breit waren, von beiden Nestern aus. In der Mitte des Weges stießen die Armeen aufeinander und die Schlacht begann. Tausende von Ameisen, die auf die natürlichen Unebenheiten des Erdbodens hinaufkletterten, kämpften zwei und zwei miteinander, indem sie sich mit den Kiefern packten. Eine noch größere Anzahl drang aufeinander ein und versuchte die Gegner

als Gefangene fortzuschleppen. Die Letzteren machten verzweifelte Anstrengungen, zu entfliehen, als ahnten sie das furchtbare Schicksal, das ihrer im feindlichen Neste harnte. Ein durchdringender Geruch stieg von allen Seiten des Schlachtfeldes empor. Man sah Massen von todtten Ameisen, mit Gift bedeckt. Wie die Nacht einbrach, kehrten die Parteien in ihre Wohnung zurück, aber noch vor Sonnenanfgang begann das Blutbad auf's Neue. Dabei wurden die gewöhnlichen Arbeiten der beiden Staaten ununterbrochen fortgesetzt. Die Wege, die zu dem Wald hineinführten, waren von Ameisen ebenso bevölkert, wie in Friedenszeiten und die Haufen selbst boten durchaus ein Bild von Ruhe und Ordnung. Nur ein Unterschied war zu bemerken: an der Seite, die dem Kampfplatz zugewandt war, sah man beständig eine Menge Insekten in den Kampf hinausziehen, während andere, Gefangene mit sich schleppend, wieder heimkehrten.

Der hier von Huber geschilderte Streit endete nach wenigen Tagen ohne entscheidende Niederlage für eine der Parteien, weil anhaltende Regengüsse die Streitenden trennten. In anderen Fällen dagegen endet der Krieg erst mit der vollständigen Vernichtung des gegnerischen Staates. Merkwürdig ist es, daß unter Umständen ein regelrechter — *Wa f f e n s t i l l s t a n d* herbeigeführt wird. Es wird alsdann ein neutraler Gürtel gezogen, der von keinem der feindlichen Staaten betreten wird. Selt man eine oder mehrere Ameisen auf dieses neutrale Gebiet, flammt der Streit sofort von Neuem auf. Todte oder verwundete Ameisen werden vom Kampfplatz fortgeschleppt und diejenigen, die dem Feinde angehören, werden nicht fetzen verzehrt, aber ausgelesen. Bei den Leichen des eigenen Staates geschieht das nie. Dieselben werden auf

Großen Unwillen erregte die Mitteilung Obst's, bei Siebts und Köppchen hätten sich die Streikbrecher mit Tausenden ausgerüstet und ein kontrolierender Arbeiter, der ruhig und besonnen auftrat, sei von diesen Leuten arg geprägelt worden. Man möge sich trotz solcher Mordthaten nicht aus seiner Ruhe bringen lassen; mit Verachtung strafe man derartige Leute am besten.

Die Versammlung für den Norden, Osten, Moabit, Reinickendorf etc., welche im Köskinerhof stattfand, war ebenfalls von weit über 1000 Personen besucht. Hier berietete Weisner über die Verhandlungen des Einigungsamtes. Dieselben hätten gezeigt, daß die Herren Arbeitgeber nur ihr Klasseninteresse vertränten, sonst nichts. Charakteristisch nannte Medner das Verhalten des Zimmermeisters Kraus, der erst brüskelhaft die gestellten Forderungen bewilligt habe, dann sich aber mit aller Kraft vor dem Einigungsamt bemühte, die 9 1/2 stündige Arbeitszeit zur Anerkennung zu bringen. Die Versammlung nahm sonst im Wesentlichen den gleichen Verlauf, wie die im Westen: Die oben abgedruckte Resolution wurde gegen zwei Stimmen angenommen. — Die Arbeiter wurden aufgefordert, sofort der Lohnkommission anzuzeigen, wo noch länger als neun Stunden und unter 55 \mathcal{M} gearbeitet werde. Mit einem Hoch auf die Bewegung trennte man sich.

Eine äußerst stark besuchte Versammlung der hiesigen Mitglieder nahm am Sonntag, den 8. d. M., die Berichte der Kameraden Nicker, Verste und Fischer über den Stand der Bewegung entgegen. Darnach ist die Situation äußerst günstig. Es blieben nur noch wenige Plätze zu besetzen. Zu der nächsten öffentlichen Versammlung soll genau über den Stand der Bewegung berichtet werden. Fischer gab noch bekannt, daß es den Firmen, welche auf dem Ausstellungsplätze arbeiten lassen, von der Behörde erlaubt worden ist, des Sonntags zu arbeiten. Medner ersuchte die Anwesenden, nicht zu arbeiten; diesem trat auch Nicker bei. Ein Beschluß des Vorstandes, Alle, welche am Donnerstag (also Mitte der Woche) wieder zu arbeiten anfangen, erhalten keine Unterstützung, wurde gegen drei Stimmen angenommen. Bei der Wahl der Bezirkskassierer wurden sämtliche Bezirkskassierer, außer dem von der Zahlstelle III, einstimmig wiedergewählt. In der betreffenden Zahlstelle war Keiner, der das Amt annehmen wollte. Die Wahl wurde deshalb zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Außerdem wurde die 10. Zahlstelle eröffnet und Kamerad Wrobbel einstimmig als Bezirkskassierer gewählt. Die Delegiertenwahl zum Provinzialverbandstag wurde zur nächsten Versammlung zurückgesetzt, um erst die Anträge zu stellen und zu beraten. Wellow gab die Tagesordnung, welche vorläufig festgesetzt ist, bekannt und gab der Zahlstelle in Erwägung, den Delegierten einen gemütlichen Abend zu bereiten. Nach einer längeren Diskussion wurde ein Festcomité von zehn Mann gewählt, welches die nötigen Arbeiten übernehmen soll. Im „Verschiedenen“ wurde der Vorstand beauftragt, am 18. März einen Kranz auf die Gräber der Märzgefallenen niederzulegen. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, ein größeres Versammlungslokal zu suchen, da unsere Mitgliederzahl dermaßen angewachsen ist, daß unser bisheriges Versammlungslokal sich als zu klein erweist. Auch wurde bekannt gegeben, daß am Sonnabend, den 7. d. M., Abends 5 Minuten vor 5 Uhr, auf dem Ausstellungsplätze das Maschinenhaus der Maschinen-Gesellschaft Magdeburg-Budaun zusammengestürzt ist. Die Zimmerer waren in der Baubude beim Lohnauszahlen. Zwei Maurerlehrlinge, die noch im Bau waren, sind mit dem bloßen Schreden davon gekommen. Die Zimmerarbeiten an dem Bau hat Zimmermeister Köhl, hier. Auf der Kolonialausstellung, Parkstr., ist ebenfalls ein kleines Gebäude eingeführt. Die Zimmerleute waren gerade beim Bretterabladen; es ist deshalb kein Menschenleben zu beklagen. Nach Angabe des Kameraden Werner wollen die Zimmerer bei

der Firma Friedrich, Frankfurter Allee, die Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden nicht.

Brimmum. In der Versammlung am 2. März nahm Kamerad Stubbmann die Beleidigung zurück, welche er bei einer anderen Gelegenheit dem Verbandszugefügt hatte. Beschlossen wurde, am ersten Osterfeiertag eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Unser Versammlungslokal ist jetzt bei H. Wöhle in Erichshof. Die Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 1/2 Uhr, statt.

Danzig. Am 3. März tagte unsere Mitglieder-Versammlung, in welcher zunächst die Abrechnung vom 4. Quartal 1895 verlesen wurde. Die Richtigkeit der Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Unter „Verschiedenes“ entspann sich eine längere Diskussion über die Klotzfrage auf dem Stier'schen Bau. Kamerad Sellin ist auf dem betreffenden Bau gewesen und hat die Klotzfrage in Ordnung gefunden. Von organisierten Maurern wurde ihm mitgeteilt, daß die Klotz während des ganzen Baues vorhanden gewesen und wurde Kamerad Rabitzki gewissermaßen von den Maurern als „Lügner“ hingestellt. Nun ist aber erwiesen, daß die Einrichtung erst gemacht worden ist, nachdem Rabitzki eine Anzeige beim Gewerkschaftskartell gemacht. Es ist Feigheit von den betreffenden Maurern; anstatt Rabitzki zu unterstützen, stellen sie sich auf die Seite des Unternehmers und suchen Rabitzki zu verleumdern. Es hätte nicht so weit kommen können, wenn sich das Gewerkschaftskartell der Sache sofort angenommen hätte, anstatt dieselbe an die Zimmererorganisation zu verweisen, die ihre Versammlung erst mehrere Wochen später abhält, während welcher Zeit der betreffende Unternehmer alle Einrichtungen treffen konnte. Kamerad Sellin meinte, der Verband sei die erste Instanz. Diesem wurde von mehreren Kameraden widersprochen, da das Kartell da sei, um jedwede Maßregelung zu verhindern. Kamerad Tozki berichtete noch, daß er mit Mollenhauer eine Agitationsreise nach einem Städtchen unternommen, wo es gelungen sei, die dortigen Kameraden zum Anschluß an unseren Lokalverband zu bewegen und dann späterhin eine eigene Zahlstelle zu gründen. Nachdem noch einige Fragen erledigt, erfolgte Schluß.

Delmenhorst. In der Versammlung am 29. Februar wurde eine merkwürdige Sache verhandelt. Von zwei hiesigen Unternehmern wird außerhalb eine Ziegelei erbaut; die Arbeit übergaben sie einem von unseren Kameraden und schickten noch drei Mann nach dort. Anstatt der 37 1/2 \mathcal{M} ortsüblichen Stundenlohn wurden den Kameraden am Zahltag aber nur 33 \mathcal{M} Stundenlohn ausgezahlt, weshalb sie die Annahme verweigerten. Eine Extraversammlung, welche sich mit der Sache beschäftigte, beauftragte die Lohnkommission, die Sache zu regeln. Diese bekam nun vom Unternehmer den Bescheid, daß ihn die Sache nichts angehe; die betreffenden Zimmerer arbeiteten seiner Meinung nach für das Kompagniegeschäft. Nun wurden die Kameraden veranlaßt, den rückständigen Lohn einzufordern, zunächst aber nochmals auf der Ziegelei darum anzuhalten. Sie bekamen hier das Geld. Dem Kameraden, welchem die Arbeit übertragen worden war, wurde jedoch die Differenz zwischen 33 und 37 1/2 \mathcal{M} , welche den Anderen ausbezahlt war, von seinem Lohne abgezogen und er wurde wieder nach dem Plage geschickt. Hier gaben die anderen Kameraden ihm das Geld zurück. Es wurde nunmehr beschossen, die rückständigen Summen einzulagern und in dem Falle, daß unsere Kameraden Unrecht bekommen, was mit dem Teufel zugehen müßte, sollen die Kosten aus der Lokalkasse gedeckt werden. Die Ziegeleiarbeiten werden nun jedenfalls von einem auswärtigen Meister übernommen, dem jedoch mitgeteilt wurde, daß er, im Falle er Gesellen brauche, den ortsüblichen Lohn zahlen müsse. Der Partelldelegierte machte bekannt, daß an den Magistrat die Forderung gestellt sei, ein Gewerbegericht zu errichten. Und der vorstehend

beschriebene Fall zeigt, wie notwendig ein solches ist. Der Kassierer machte auf die Extramarken der Hauptkasse aufmerksam, worauf es als Pflicht jedes Kameraden, der in Arbeit steht, erachtet wurde, die Marken zu kaufen. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß unsere nächste Versammlung eine Generalversammlung bildet, weshalb das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig ist.

Dresden. Am 28. Februar fand hier eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, in der Kamerad Schrader aus Hamburg über die diesjährigen Lohnbewegungen sprach. Kamerad Geoffroy unterzog dann die hiesigen Verhältnisse einer scharfen Kritik, worauf die Versammlung einer Resolution zustimmte, in welcher sie sich mit den Ausführungen der Medner einverstanden erklärt und verspricht, für die Ausbreitung des Verbandes sowie für Aufbringung der notwendigen Mittel zur Durchführung der Lohnbewegungen einzutreten.

Eisenach. Am 25. Februar fand eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, in der auch eine Anzahl andere Bauarbeiter anwesend waren. Kamerad Schrader aus Hamburg sprach über die diesjährigen Lohnbewegungen, wobei er uns ermahnte, unsere Forderungen erst dann mit Nachdruck zur Geltung zu bringen, wenn die Organisation ein besseres Bild als jetzt aufweise. Und auch dann müsse mit Besonnenheit vorgegangen werden, und vor Allem müßten sich die Kameraden entschließen, dauernd in der Organisation zu bleiben. Wäre das geschehen, wären noch alle die Kameraden im Verbands, die in Eisenach 1890 demselben angehört haben, dann läge die Sache bedeutend besser. Im selben Sinne sprachen noch mehrere Redner. Kamerad Hill las den ausgefertigten Lohnarif vor, den einzuführen die Versammlung durch Annahme einer Resolution versprach. Es ließen sich dann sieben Kameraden in den Verband aufnehmen. Es muß nun jedes Verbandsmitglied in Eisenach darnach streben, die uns noch fernstehenden Zimmerer dem Verbandsbezugzuführen. Diese sollten übrigens ganz von selbst einsehen, daß es so wie jetzt nicht weiter gehen kann; auf dem Sunkel'schen Plage z. B. bestehen Zustände, die jeder Beschreibung spotten, und Meister Lehmann bebte sich Redensarten, die kaum wiederzugeben sind; alles Erscheinungen, die davon zeugen, wie notwendig es ist, daß sich alle Kameraden in Eisenach dem Verbandsbezug anschließen.

Fürth. Am 22. Februar fand eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, in der Kamerad Obstein Bericht über die Verhandlungen der Lohnkommission mit den Meistern erstattete (siehe unter „Gewerkschaftliches und Lohnbewegung“). Die Vereinbarungen wurden von der Versammlung einstimmig angenommen. Kamerad Schrader aus Hamburg hielt hierauf einen Vortrag über unsere diesjährigen Lohnbewegungen. In „Verschiedenes“ theilte Obstein mit, daß die Meister wünschen, daß immer eine Lohnkommission bestehen bleibt, damit etwaige Unregelmäßigkeiten immer gleich berathen und erledigt werden können. Es wurde beschossen, die jetzige Lohnkommission weiter bestehen zu lassen. Strauß theilte mit, daß sich die Meister dahin geäußert haben, daß es ihnen angenehm wäre, wenn wir einen Arbeitsnachweis einrichteten, den die Lohnkommission verwaltet. Eine Anfrage Burdhardt's, ob der Lohn der Kameraden, welche bisher schon 35 \mathcal{M} hatten, der zugeständenen Lohnerhöhung entsprechend erhöht würde, fand ihre Erledigung in der Annahme, daß dies selbstverständlich sei und daß eventuell darüber mit den Meistern verhandelt werden solle.

Frankfurt a. M. In der Versammlung am 4. März wurde beschossen, daß alle Verbandsmitglieder mindestens sechs Extramarken à 20 \mathcal{M} zu kaufen haben. Am Sonnabend, den 14. März, findet unser achttes Stiftungsfest statt.

Hamburg. Am 3. März fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt worden war, hielt Genosse Baerer aus Harburg einen mit großer Aufmerksamkeit verfolgten

einen Platz getragen, der etwas abseits von der Wohnung liegt. Einige Forscher wollen sogar beobachtet haben, daß die Leichen obendrein in geordneten Reihen vergraben werden.

Zu den eigenthümlichsten Zügen des Ameisenlebens, das an Merkwürdigkeiten so reich ist, gehört auch, daß einige Arten — Sklaven halten. So finden sich z. B. in dem Bau der blutrothen Ameisen zahlreiche Arbeiter der schwarzen Negerameisen. Wie aber ist diese Erscheinung, die — leider — mehr wie jede andere auf eine fast menschensähnliche Intelligenz zu deuten scheint, zu erklären? Wie kommen diese Arbeiter einer anderen Art in den fremden Staat hinein und warum werden sie — da sonst doch die verschiedenen Ameisenarten geborene Feinde sind — dort geduldet? Die Erklärung ist diese: die fremden Arbeiter sind in der Wohnung aus Puppen ausgebrütet, die aus den Wohnungen anderer Arten geraubt sind. Um sich diese Puppen zu verschaffen, organisieren die slavenshaltenden Ameisen gradezu Raub- und Blünderzüge gegen die anderen Staaten; sie vertreiben die ausgewachsenen Insekten, während sie die Larven und Puppen mit fortnehmen, um sie in ihren eigenen Wohnungen auszubrüten. Die so gewonnenen Ameisen passen sich den umgebenden Verhältnissen vollständig an; sie verrichten Banarbeit, säubern und pflegen die Larven der Herren, schaffen sie in Sicherheit und nehmen an der Vertheidigung theil, wenn die Wohnung angegriffen wird. Von den besondern Gewohnheiten der Herren nehmen sie jedoch keine an. So betheiligen sie sich z. B. niemals an den Plünderungszügen.

Bei den blutrothen Ameisen verrichten die Sklaven indeß nicht alle Arbeit, wenn ihnen auch selbstverständlich die meiste überlassen bleibt. Will man ein schlagendes Beispiel von dem demoralisirenden Einfluß der Sklaverei haben, muß man sich zur Betrachtung der slavenshaltenden Amazonenameisen wenden, zur „Aristokratie unter den Ameisen“. Die Amazonenameisen sind fürchterliche Gegner im Kampf, aber das ist auch das einzige, zu dem sie tauglich sind. Ihre Kiefer sind todbringende Waffen, aber keine Arbeitswerkzeuge. Sie bauen nicht selbst ihre Wohnungen — das ist den Sklaven überlassen. Sie nähren nicht selbst ihren Nachwuchs — das thun die Sklaven. Sie betheiligen sich nicht an der täglichen Arbeit — auch diese wird von den Sklaven besorgt, ja, sie können nicht einmal selbst essen und müßten vor Hunger sterben, wenn sie nicht von den Sklaven gefüttert würden. Es ist dies innerhalb der Thierwelt nahezu der einzige Fall, daß die Fähigkeit, die man für die allernothwendigste halten sollte, die Fähigkeit, Nahrung aufzunehmen, verloren gegangen ist. Die Amazonenameisen sind also in Wirklichkeit vollständig von ihren Sklaven abhängig und es scheint, daß diese sich mitunter dieser Thatsache bewußt werden. Wenigstens hat man beobachtet, daß die Sklaven ihre Herren sehr ungnädig empfangen, wenn sie von einer mißglückten Expedition ohne Beute heimkehrten — sie warfen die hohen Herren nämlich ganz einfach zur Thür hinaus. Besonders in den Zeiten anhaltender Dürre, wenn die Herren zu viel zu trinken verlangen, werden die Sklaven rebellisch. Sie behandeln dieselben dann keineswegs auf's Beste und die Amazonen fügen sich geduldig in ihr Schicksal. Nur wenn die Sklaven allzu

unangenehm werden, kann es geschehen, daß sie dieselben in aller Seelenruhe um einen Kopf kürzer machen.

Ein geistvoller englischer Forscher, Lubbock, hat die verschiedenen Formen der Ameisenstaaten mit den verschiedensten Formen des menschlichen Gesellschaftslebens verglichen. Er macht darauf aufmerksam, daß die verschiedenen Lebensweisen der Ameisen in merkwürdiger Weise mit den früheren Kulturformen der Menschheit übereinstimmen. So giebt es ja Arten, die von Jagd leben, sie gleichen den niedrigsten Menschenrassen, den Jäger-völkern, und leben in verhältnismäßig kleinen, gering entwickelten Staaten. Andere Arten, wie z. B. die gelben Ameisen, repräsentieren einen höheren sozialen Typus. Ihre Bauart ist weit komplizirter und sie halten buchstäblich gewisse Blattläuse als Hausthiere. Sie entsprechen daher den Völkern, die von Viehzucht leben. Ihre Staaten sind zahlreicher bewohnt und sie handeln im größeren Einverständnis, als die von Jagd lebenden Ameisen. Lubbock glaubt, daß sie schließlich die letzteren verdrängen werden, ähnlich wie es die zivilisirten Völker mit den wilden Menschenstämmen gethan haben und noch thun. Und endlich finden wir — wie wir oben gesehen haben — bei den Ameisen auch Beispiele „ackerbau-treibender“ Völker — wenn auch nur in den rohesten und unvollkommensten Zügen. Zwischen diesen drei sozialen Formen liegen unzählige viele Uebergänge, die unter Umständen von mehreren Stufen gleichzeitig Züge aufweisen. Alle Formen aber beweisen, daß in den Ameisen ein starker Trieb des Zusammenstoffens thätig ist und daß auch die Staatenbildungen keineswegs eine Eigenthümlichkeit sind, die eine unüberbrückbare Kluft zwischen Mensch und Thier befestigen.

Vortrag über „Das Handwerk der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft“. Redner schilderte die Entstehung und Entwicklung des Handwerkerstandes, seine schon in früheren Jahrhunderten an Ausdehnung und Bedeutung großen Bewegungen und Kämpfe. Ferner entwickelte Redner ein Bild vom heutigen Wirtschaftssystem, dessen Opfer der Handwerker geworden ist. Den Zünftlern, die noch nicht einsehen wollen, daß das Handwerk längst den „goldenen Boden“ verloren hat, gehe es wie den Schiffbrüchigen, die sogar nach dem Strohhalbm greifen. Aber das Weltenrad in seinem Lauf würde Niemand aufhalten können, selbst die sog. großen Männer des Jahrhunderts nicht. Die Arbeiter hätten jedoch die Pflicht, Hand an's Werk zu legen und Front zu machen gegen alle reaktionären Bestrebungen des Kapitals. Wir dürfen nicht verzweifeln an unserer Lage, nicht so lange warten, bis der Mensch so tief gesunken ist, daß der Ehrgeiz in seinem Herzen erloschen. Darum müssen wir uns aufraffen, und Einer für Alle und Alle für Einen unsere Lösung sein. Der Vorsitzende dankte dem Referenten im Namen der Versammlung für den lehrreichen Vortrag. Zum zweiten Punkte, „Arbeitsnachweis“, begründete Kamerad Hänel die Notwendigkeit desselben, auch sei dieses ein gutes Agitationsmittel. Mehrere Redner wollten diesen Punkt verschoben haben, bis die Organisation mehr gefärkt sei. Andere waren dagegen von der völligen Unburcharbeitlichkeit desselben überzeugt. Der Antrag, die Kartelldelegirten zu beauftragen, die Sache im Kartell zur Sprache zu bringen, wurde angenommen. Beim dritten Punkte, „Die Arbeit hier am Drie“, wurde bekannt gegeben, daß die Braumb. der Brauerei einem unserer Kameraden nur 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde geboten hätte, wo sie doch nur 14 Tage lang eines Zimmerers bedürften. Unser Kamerad sei hierauf jedoch nicht eingegangen. Ebenso zahle Blohm und Vogt den Zimmerern nur 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Beide Fälle sollten der Öffentlichkeit übergeben werden. Auch werde die Arbeitszeit nicht allenthalben innegehalten, so in der Canalstraße bei C. Sauerberg. Hierauf Schluß der Versammlung.

Harburg. In der Versammlung am 3. März wurde ein Delegirter zum Provinzialverbandstage gewählt und beschloffen, dort zu beantragen, daß jede Zahlstelle einen Delegirten zum Provinzialverbandstage zu entsenden habe und daß der Provinzialverbandstag alle zwei Jahre stattfinden. Es wurde ferner beschloffen, am Gewerkschaftsfest theilzunehmen. Dann wurde die Lohnbewegung der Zimmerer Deutschlands besprochen und beschloffen, dieselbe finanziell so viel wie möglich zu unterstützen. Die in Arbeit Stehenden sollen bis zum 1. April mindestens für M. 1,20 Marken nehmen und die Kameraden, welche jetzt arbeitslos sind, dies später, wenn sie in Arbeit stehen, möglichst nachholen. Auf einem Plage wird der Lohnstarif nicht strikte innegehalten, sondern länger, als üblich gearbeitet, worüber sich eine rege Diskussion entspann. Die Kameraden, welche auf dem Plage arbeiten, wurden dabei scharf kritisiert und ermahnt, den Tarif inne zu halten.

Köln. Am 1. März tagte eine öffentliche Zimmererverversammlung, die von etwa 150 Personen besucht war. Der Referent, Kamerad Reichold, sprach über den Werth der Organisation und die Lage der Zimmerer Kölns. Er führte mehrere Beispiele an, daß nicht bloß Menschen, sondern auch Thiere das Bestreben haben, sich zu vereinigen, um sich vor den Feinden zu schützen, und daß die Menschen auch nur durch Gemeinschaft im Stande sind, sich zu erhalten. Ferner betonte Redner das Vorgehen der Innungsmeister betreffs Lohnbrüdererei usw. Wir müssen bei passender Zeit gegen das Anfechten der Innung Front machen. Um dies bemerkstelligen zu können, müßten wir zunächst unsere Organisation stärken und rege für den Verband deutscher Zimmerer agitiren. Dies sei die einzige Macht der Willkür der Meister gegenüber. Kamerad Denker schloß sich den Ausführungen des Referenten an und zog den 90er Streit in Erwägung, wobei er nachwies, welche Vortheile wir davon gehabt hätten. Kamerad Agaziad sprach über die Lebensweise des Proletariats, zeigte, mit welchen Hungerbissen die Arbeiter sich zufrieden geben müßten und ging auf das im Reichstage eingebrachte Margarinegesetz ein und kritisierte besonders das Vorgehen des Abgeordneten Wagem aus Köln sehr abfällig. Genosse Nieger erweiterte im Wesentlichen das Referat auf politischer Grundlage; er sprach über den Ausfall der Gewerbegeheim-Wahl und betonte, daß das Resultat unserer Gruppe (165 pzt. mehr als die Mischmachs-Partei) und ein neuer Ansporn sein müsse zur weiteren Entwicklung unserer Organisation. Kamerad Hopfoc forderte nochmals auf, sich der Organisation anzuschließen, denn nur geschlossen könnten wir dem Unternehmertum gegenüberreten. Hierauf ging folgende Resolution ein: „Die heutige öffentliche Versammlung der Zimmerer Kölns und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, sowie der folgenden Redner einverstanden und verpflichtet, mit allen Kräften für Stärkung der Organisation einzutreten.“ Dieselbe wurde einstimmig angenommen. Dann schloß der Vorsitzende mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Organisation der Zimmerer Deutschlands die Versammlung.

Kellinghusen. In der Versammlung am 29. Februar wurde Kamerad Käselau zum Delegirten nach dem Provinzialverbandstage gewählt; zum Kartelldelegirten Kamerad Bauer. Die Versammlung nahm auch Stellung zu dem Programm der Waisfeier, welches die Arbeitsruhe vorsieht. Da unsere Organisation aber noch nicht stark genug ist, die Konsequenzen auf sich zu nehmen, mußte es unterbleiben, einen zustimmenden Beschluß zu fassen; alle anderen Programmpunkte werden mit zur Ausführung gebracht. Ferner wurde beschloffen, daß

jedes Mitglied pro Woche eine Extramark zu 20 $\frac{1}{2}$ zu laufen hat und sofort eine Summe Geldes an die Verbandshauptkasse abzuführen. Auch Sammelkisten wollen wir uns senden lassen und in Umlauf setzen. Auf Antrag des Kameraden Nordhaus wurde beschloffen, den Antrag auf dem Provinzialverbandstage einzubringen, daß sämtliche Kosten, welche die Agitation in den zugewiesenen Bezirken den einzelnen Zahlstellen verursacht, vom Agitationscomité geleistet und von den Zahlstellen nach Mitgliederzahl aufgebracht werden.

Mannheim. In der öffentlichen Zimmererverversammlung am 17. Februar erstattete die Lohnkommission Bericht über ihre Thätigkeit. Seit ihrem Bestehen hat sie zwei öffentliche Versammlungen veranstaltet und acht Sitzungen abgehalten. Sie hat eine Statistik angefertigt (Siehe „Gewerkschaftliches und Lohnbewegung“) und den Meistern mitgeteilt, daß die Zimmerer Mannheims für 1896 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn fordern werden, worauf die Meister bei Uebernahme von Arbeiten Rücksicht nehmen müßten. Mit dem Zimmergeschäftsinhaber Lutz hat die Kommission nicht verhandeln können, der Herr läßt nach wie vor sich zu Unterhandlungen nicht herbei. Es ist auch ein Lohnstarif ausgearbeitet worden, welcher der Versammlung vorlag. Mehrere Bestimmungen waren einigen Rednern nicht weitgehend genug. Derselbe wurde mit einigen unwesentlichen Änderungen jedoch angenommen und es wurde beschloffen, nach Drucklegung denselben den Meistern zuzusenden. Kamerad Scaraber aus Hamburg sprach dann über unsere Lohnbewegungen; außerdem wurde die Verhandlung scharf kritisiert, welche mehrere Meister ihren Leuten angedeihen lassen.

Nürnberg. Am 8. März fand eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, die sich mit der Lohnfrage beschäftigte. Kamerad Deinlein gab ein klares Bild von der Sachlage; dieselbe läßt viel zu wünschen übrig. Kamerad Fleischmann war der Ansicht, daß, nachdem das Stundenlohn eingeleitet, auch 60 Stunden pro Woche gearbeitet werden müsse, 59 $\frac{1}{2}$ Stunden passen nicht in die Rechnung. Kamerad Kaul weist darauf hin, daß Meister Walz 1 $\frac{1}{2}$ stündige Mittagspause innehalten und Sonnabends um 5 Uhr Feierabend machen läßt und dabei 38 $\frac{1}{2}$ Minimallohn zahlt. Es seien hauptsächlich drei hartgehaltene Innungsbrüder, die unaufhörlich zur Herabsetzung hegen: Lindstädt, Stern und Ehr. Bauer. Nach längerer und scharfer Diskussion wurde die Kommission damit betraut, die Sache weiter zu verfolgen. Am 22. März findet im „König von England“ wiederum eine Versammlung statt. — Die Kommission besteht aus den Kameraden Kaul, Deinlein und Volland. Sie hat an 51 Kameraden Briefe gerichtet und angefragt, wann sie Sonnabends Feierabend machen. Es wird dringend gebeten, recht viel Material einzusenden.

Wegesack. Am 1. März fand eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, welche die Agitationskommission in Bremen veranlaßt hatte. Diese hatte auch zwei Personen entandt, die den Versammelten klar machten, wie notwendig die Organisation ist. Es ließen sich alle anwesenden Zimmerer (16 Mann) in den Verband aufnehmen und es wurde auch sogleich ein Vorstand gewählt, auch die Verbreitung des Zimmerer wurde geregelt und ein Lokal bestimmt, wo in Zukunft die Sitzungen der Zahlstelle abgehalten werden.

Wolgast. Am Sonntag, den 22. Februar, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nach Verlesung des Protokolls entwickelte sich eine rege Diskussion über die augenblicklichen Lohnbewegungen und wurde ein Antrag, M. 10 aus der Lokalkasse dem Streifsond zu überweisen, angenommen, ebenfalls wurde der Kassirer beauftragt, M. 10 auf Abschlag für die Extramarken an die Hauptkasse abzusenden. Sodann wurde beschloffen, unsere Versammlungen künftig im Versammlungsanzeiger für jeden Sonntag nach dem 1. und 15. des Monats bekannt zu machen. Da Kamerad Bött auf das Amt eines Kolporteurs für den „Zimmerer“ verzichtete, wurde an dessen Stelle das Mitglied Ed. Wasmund gewählt. Hierauf wurde eine Summe für Ankauf von neuen Büchern zur Bibliothek ausgesetzt, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Berlin, 5. März. Beim Bau eines Schornsteins auf dem Grundstück der Brauerei Pfefferberg, an der Schönbauer Allee, wurde ein Maurer von einer eisernen Platte, die der Sturm zum Fallen brachte, so schwer verletzt, daß er mehrere Rippen brach. — Auf dem Ausstellungsplatze ist wiederum ein Zimmerer um's Leben gekommen. Der 52jährige Zimmermann August Seger, welcher, auf hoher Leiter stehend, stürzte so unglücklich herab, daß er sich tödtliche Verletzungen zuzog und auf dem Transport zur Klinik verstarb.

Wünschen. Am Dienstag, den 3. März, stürzte ein Arbeiter von einem Neubau in der Hochstraße ab, brach dabei einen Arm und erlitt schwere innere Verletzungen.

Neubaueinsturz in Hamburg. Am Freitag, den 6. März, stürzte auf der Uhlenhorst ein kürzlich gerichteter 4 $\frac{1}{2}$ Etagen hoher Neubau zusammen; neun Tödtliche und ebenso viele Schwer- und Leichtverletzte bilden das Resultat der Katastrophe. Die Verunglückten waren und sind meist alle verheiratet, so daß mit fast jedem Opfer ein Familienleben vernichtet ist; ein Zimmerer, der das Leben einbüßte, hinterläßt sieben unmündige Kinder. Das Bild, welches sich Denen bot, die auf der Unglücksstelle zuerst Hülfe brachten, ist freilich herzzerreißend. Ein Mitglied

der Sanitätskolonie theilt z. B. mit: Einer der Verunglückten, dem der Leib aufgeschlitzt war, flehte und wimmerte, man möge ihm ein Messer in's Herz stoßen und ihn von seinen Qualen befreien. Ein Anderer, den unser Gewährsmann zu verbinden im Begriffe war, stöhnte noch: „Grüße meine Frau und meine Kinder!“ und war todt. Bei einem der Verunglückten wurden sechs schwere Knochenbrüche gezählt, bei anderen Schädelbrüche festgestellt. Der Verbandsplatz schwamm in Blut.

Der Bau gehörte den Gebrüdern Rasmussen, zwei Innungsmeistern also; die Zimmerarbeiten ließ der Nichtinnungsmeister Andersen ausführen. Die Zimmerer waren beim Schalen des Daches, die Maurer beim Fassadenputz und zwar noch auf der obersten Kälung, als der Einsturz erfolgte. Die unmittelbare Ursache der Katastrophe ist noch nicht festgestellt, scheint aber zweifellos in zu schwachen Pfeilern in der Vorderfront zu bestehen. Der Bau bildet die Ecke der Papenhuderstraße und Uhlenhorsterweg und, wie gewöhnlich bei allen Neubauten, sind auch hier große Schaufenster angelegt worden, so daß das ganze Gebäude, speziell auf der Ecke, nur von Pfeilern getragen wurde, welche höchst wahrscheinlich zu schwach waren und deshalb unter der Last zusammengeknickt sind. Die Art des Zuammensinkens, im Besonderen der Umstand, daß die Schuttmassen innerhalb der Bauplante niedergefallen sind, spricht dafür.

Der Sachmann wird sich bei Besichtigung der Ruine kaum wundern, daß der Bau eingestürzt ist, sondern daß derselbe so lange gestanden hat. Alle Wände sind äußerst schwach; die Wände, welche das Treppenhaus einschlossen, sind auch nur einen halben Stein stark, trotzdem sie Balken zu tragen hatten. Daß dieses Kartenhaus aufgebaut werden konnte und so lange stand, ist ein Beweis, daß die Aufmauerung an sich solide war; zu der Ueberzeugung muß man aber erst recht kommen, wenn man die stehen gebliebenen Mauertheile betrachtet. Eine der fünfstöckigen Wände ist stark aufgebaut, eine andere hängt theilweise in der Luft, ist also unten eingestürzt, während ein Theil oben — horizontal gemessen etwa 2,50 Meter — stehen geblieben ist und Theile des Daches trägt. Auch die Zimmerarbeit scheint nicht schlecht zu sein, woson ganz untrüglich Säulen zeugen, die oben im Träger hängen, mit diesem noch durch Kopfbänder verbunden, unten aber abgebrochen sind.

Die Herren vom Verbands deutscher Baugewerkschaftsvereinigungen, die in einer Petition im Dezember 1895 dem Reichstage weiß machen wollten, daß auch die schlechte Arbeit der Gesellen zu den Neubaueinstürzen beitragen, könnten sich an der noch stehen gebliebenen Ruine überzeugen, daß ihre Behauptung die reinste Plunkerlei oder noch was Schlimmeres ist.

Wie wir aus dem „Hamburger Correspondent“, dem Organ des honneten Bürgerthums ersehen, hat sich ein Comité gebildet, welches für die Hinterbliebenen der Verunglückten eine Sammlung veranlaßt. In den Bauarbeitern wird es liegen, daß die Geschichte nicht mit diesem „Mantel der Liebe“ zugebedt wird. Der Einsturz müßte unter allen Umständen der Ausgangspunkt einer Aktion gegen die abhorrlichen Zustände sein, welche in Hamburg wie in allen anderen Großstädten bestehen.

Bezeichnend ist noch, daß die Innungsmeister Gebr. Rasmussen am Sonnabend nicht einmal Lohn ausgezahlt haben, so daß die Familien der Verunglückten sowohl wie die Familien der noch am Leben Gebliebenen den Einsturz noch mit Hunger blühen müssen. Wie verkäufert, hat der Baugeldgeber die Zahlung verweigert. Der Mann gehört jedenfalls nachher zu Denen, welche sich mit einigen Nickeln an der Sammlung beteiligen. In der That, die ganze Geschichte führt uns auf den Grund des Uebels — den Sumpf der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

Bauarbeiterchaft. Eine allgemeine Bauarbeiter-Versammlung in Mainz beschloß, ein von einer früher gewählten Bauarbeiter-Kommission zusammengestelltes Amendement zu der von der Bürgermeisterei ausgearbeiteten neuen Bauordnung für die Stadt Mainz den Stadtverordneten zu unterbreiten. In dem Amendement werden stärkere Bestimmungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Bauarbeiter bei Ausübung ihres Berufes gefordert. Weiter beschloß die Versammlung, die Bürgermeisterei zu ersuchen, bei der Berathung der Vorlage auch Vertreter der Bauarbeiter zuzuziehen. Außerdem wurde beschloffen, den Antrag zu stellen, daß bei Einführung der neuen Bauordnung die Kontrolle über die Ausführung der baupolizeilichen Schutzvorschriften an zwei Arbeiter übertragen werde.

Wer liefert die billigsten Arbeiterknochen? Ein recht verblüffendes Resultat hat die Submission der Maurerarbeiten zur Renovierung der St. Marienkirche in Bergen (Insel Rügen) ergeben. Es waren von anfälligen und Stralunder Meistern Offerten eingegangen, welche am 26. Februar 1896 im Bureau des Bauathes Stoll in Stralsund geöffnet wurden. Hierbei stellte sich heraus, daß die Arbeiten, welche auf ja. M. 20 000 veranschlagt worden sind, der Maurermeister Schmidt in Stralsund für M. 15 224 machen will. Die Maurermeister in Bergen forderten 1. M. 23 872, 2. M. 24 974, 3. M. 25 981. Das ist also eine Differenz zwischen höchst- und Mindestgebot von über M. 10 000, und der Billigste ist der Meister aus der größeren Stadt, ein Innungsmeister, der das Handwerk „heben“ will. Der „Anzeiger für Bergen“ bemerkt dazu: „Da der Unterschied in der Forderung ein gar zu großer ist, wird die Regierung jedenfalls dem Mindestfordernden den Zuschlag erteilen. Für den Zuschlag hat sich die Be-

hörte drei Wochen Frist vorbehalten. Es liegt fast auf der Hand, daß das Endergebnis dasselbe wie das heutige ist, denn die Differenz in der Forderung ist eine zu große"

Sozialpolitisches.

Der Waarenmarkt. Vereint Euch! — so erschallt es aus allen Ecken und Erden. Ueberall wohin wir blicken sehen wir, daß die verschiedensten Berufsstände sich zusammenschließen, um in allerlei Organisationsformen der stetig überhandnehmenden Konkurrenz zu begegnen, sich durch Preisfestsetzungen eine erträgliche Existenz zu suchen.

Es werden zu diesem Zweck Unternehmerräte, Trusts, Ringe und Verkaufsgenossenschaften gebildet, man tritt zu Aktiengesellschaften zusammen, um durch Konzentration der Einzelkräfte resp. Kapitalien die Macht zu bekommen, die Verkaufspreise einheitlich festsetzen zu können.

Die Zahl derjenigen Produzenten, welche allein im letzten Jahre sich zusammengeschlossen haben, um das, was der Einzelne nicht zu erreichen vermag — die Regelung der Verkaufspreise — mit vereinten Kräften zu erstreben, beträgt Legion. Die Fabrikanten von Spiegelglas, Gips, Grobeisen, Leder, Futplisch, Baumaterialien, Krebseier, Schwellen und die Bergwerksbesitzer bildeten Kartelle, Trusts oder Ringe, um diesen Zweck zu erreichen, die Naphtha-Industriellen, die Gerber, Zerkahner, Glasindustriellen, Dampfschiffahrtsgesellschaften errichteten entweder gemeinschaftliche Verkaufsbüreaus oder setzten Comités ein, welche die Preise „regeln“, die Mastviehhändler verbündeten sich gegen die Fettviehproduzenten, um einheitliche Einkaufspreise zu erzielen, und diese letzteren wieder verbündeten sich untereinander gegen die ersten, die Fleischexportfirmen in Chicago machten zu gleichem Zwecke mit den Viehherdenbesitzern und Viehhändlern gemeinschaftliche Sache. Die Agrarier haben einen Bund gegründet und schreien nach Staatshilfe, sie wollen auf Kosten der Allgemeinheit ihren standard of life erhöhen, und die Getreidehändler thun desgleichen, bei ihnen konzentriert sich das Denken lediglich auf Hebung der Blüte des Handels. Wenn nur der Handel blüht, ob die übrige Bevölkerung dabei zu leben hat, das kümmert sie nicht. Wer bei diesen Organisationen nicht auf seine Rechnung zu kommen glaubt, der legt sein Geld in kapitalkräftigen Aktiengesellschaften an und diese vereinigen sich wieder, um noch kapitalkräftiger und machtgebender zu werden und einzelne Verbrauchgegenstände zu monopolisieren, so das Petroleum. Und wo die eigene Kraft nicht zureicht, da wird — wie seitens der Agrarier und Branntweinbrenner — die Hilfe des Staates angerufen. So sind die Zuckersabrikanten eben im Begriffe, dem Staate, d. h. der gesammten werktätigen Bevölkerung, ein Mehr von etwa 50 bis 60 Mill. Mark herauszupressen. Und diese werktätige Bevölkerung giebt das Beste was sie hat an direkten und indirekten Steuern dahin.

Unter solchen Umständen ist es ganz begreiflich, daß die Handwerker, wie Schuhmacher, Schneider und Detailhändler usw., auch ihrerseits die ihnen überkommenen Lasten auf die breiten Schultern der großen Masse abzuladen suchen und so gingen in den letzten Jahren die Detailpreise rapid in die Höhe. Zu den wunderbarsten Vorkäufen kommen die Händler, die nur dazu dienen können, das Uebel noch schlimmer zu machen. Wir erinnern z. B. an den Kampf gegen die Konsumvereine, der nach berühmten Mustern, wie es die Agrarier als Butterhändler gegeben haben, indem sie gegen die Margarine zu Felde zogen, geführt wird.

Liegt es nicht auf der Hand, daß der Arbeiterstand als der Hauptkonkurrent sich dem allgemeinen Ringen um's Dasein anschließen muß, wenn es besser werden soll?

Im falschen verstanden Interesse bekämpft man aber diesen wirklichen Arbeitgeber, man schneidet ihm die Möglichkeit ab, sich an dem Ringen thätig zu beteiligen, ja man gönnt ihm nicht einmal die kleinen Mittel — wie Konsumvereine u. dergl. — die dazu dienen sollen, nur etwas Oberwasser zu behalten und das zu Gunsten des soenannten Mittelstandes, der angesichts der gewerblichen Entwicklung nicht mehr leben kann und doch nicht sterben will.

Was den Industriellen recht ist, ist den Arbeitern billig. Koaliren sich die Ersteren, um die Waarenpreise nach ihren Bedürfnissen zu regulieren, warum soll der Arbeiter seine Waare, die Arbeit, nicht so theuer als möglich, mindestens aber nach dem Preise verkaufen, der zu seiner Existenz notwendig gehört?

Aufgabe des Arbeiterstandes ist es daher, trotz alledem und alledem den Kopf oben zu behalten. Bei ihm handelt es sich nicht um ein Phantom, wie einem solchen der sogenannte Mittelstand nachjagt, sondern um seine Existenz und diese schließt die Existenz der ganzen menschlichen Gesellschaft in sich. Das Paradoxon: „Wenn der Bauer Geld hat, dann hat es die ganze Welt“, hat sich überlebt, es heißt jetzt: „Wenn der Arbeiter Geld hat, dann hat es die ganze Welt.“

Die Arbeiter erfüllen aus diesem Grunde nur eine Kulturtaufgabe, wenn sie energisch und unermüdet eintreten für Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Verkürzung der Arbeitszeit marschirt, zum Zeichen, daß die Thätigkeit der Arbeiterbewegung der letzten Jahre nicht umsonst war. So wird am 1. Mai d. J. der Reihnundentag in dem mehrere Tausend Arbeiter beschäftigenden Etablissement der Aktiengesellschaft für Textilindustrie vormals Dollfuß-Wieg u. Cie zu Mülhausen-Dornach (Oberrhein) eingeführt werden. Der bisherige Arbeitstag betrug 11 Stunden. Die allgemeine Einführung des Reihnundentags in der Mil-

hauser Textilindustrie ist, wie uns geschrieben wird, nach diesem Vorgang nur eine Frage der nächsten Zeit. Die Bewegung in der Arbeiterklasse hatte die letzten Monate bereits eine solche Intensität erreicht, daß sie nach dieser plötzlichen und unerwarteten Unterstützung durch das erste Unternehmen am Orte den Widerstand der weniger gut berathenen Firmen ohne große Mühe überwinden wird.

Soldaten — die berufenen Schützer des Geldsacks! Daß der Militarismus nicht, wie man glauben machen möchte, zur Vertheidigung des Vaterlandes in erster Linie da ist, das beweist wieder folgender Fall. Sofort nach Ausbruch des Textilarbeiterstreiks in Kottbus ist Militär requirirt worden; eine Abtheilung des 52. Infanterieregiments ist marschbereit. Da sieht man doch, für wen das Volk die hohen Militäraußen zu zahlen hat. Wenn sich die Proletarier bessere Löhne erlangen wollen, weil ihnen durch die kolossalen indirekten Steuern — von deren Ertrag zum guten Theil das Militär ernährt wird — nicht mehr genug zum Leben übrig bleibt, schießt man eben dieses Militär mit geladenen Kleinkalibrigen hin. So muß es kommen!

In „Reichsstaate“ Preußen erörtert die Ausbeuterpresse „Die Nothwendigkeit eines Reichs-Verfassungsgesetzes“, ein Berliner Blatt kommt dabei zu folgender „Ansicht“:

„Jeder Versuch einer Neugestaltung des Vereinsrechts auf einheitlichem Grunde würde von dem Gesichtspunkte der Einschränkung an sich zulässiger Freiheiten ausgehen müssen, um der Sozialdemokratie die Hintertüren zu verriegeln.“

„Es ergibt sich aus dem Gesagten von selbst, daß eine Reform nur unter der Vorbedingung einer Aussonderung der Sozialdemokratie aus dem Verbandsbereich der bürgerlichen Gesellschaft ausführbar wäre. Ohne ein Ausnahmegesetz, welches die Sozialdemokratie des Anttheils an den rechtlichen Wohlthaten der übrigen Gesellschaft in politischer Hinsicht beraubt, wird die bürgerliche Gesellschaft auf jede weitere Entwicklung ihrer Einrichtungen gemäß dem Fortschreiten des Kulturlebens überhaupt verzichten müssen. Das gilt nicht nur von dem öffentlichen, sondern stellenweise auch vom privaten Rechte, wofür das Bürgerliche Gesetzbuch ein gerade für unser Thema bemerkenswertes Beispiel bietet.“

Daß diese Schmierfinken nichts gelernt und nichts vergessen haben, wußten wir auch ohnedem.

Was sich die Junker ihre Agitation kosten lassen. In der Zirkusversammlung des Bundes der Landwirthe sind auch, allerdings ziemlich oberflächlich, Rechnungsergebnisse mitgeteilt worden. Es geht daraus hervor, daß die Ausgaben von Jahr zu Jahr ansteigen sind: 1893/94 M. 326 000, 1894/95 M. 493 000 und 1895/96 M. 494 000. Schwerlich wird eine andere Partei für ihre Agitation ähnliche Summe aufwenden! In drei Jahren hat der Bund für seine Agitatoren, Versammlungen, Druckschriften u. also nicht weniger als M. 1 313 000 ausgegeben. Das „Berl. Tageblatt“ bemerkt hierzu:

„Daß „die Bauern“ so viel Geld für Agitationen nicht ausgeben, liegt auf der Hand. Die Summen sind also von reichen Grundbesitzern aufgebracht worden. Diese müssen also von den „großen Mitteln“ — Antragskanz und Doppelmehrung — ganz horrende Vorteile erwarten, wenn sie so viel Geld in die Agitation hineinstecken.“

Traurig, aber wahr. Der „Hofr. Anz.“ brachte in seiner Nr. 53 folgende Notiz: „Selbst denunziert wegen Verleumdung des deutschen Kaisers hat sich, wie es heißt, ein Stromer, der erst 14 Tage Haft wegen Landstreicherei abgesehen hat. Da der Wunsch, in's Gefängnis zu kommen — „auf fünf Jahre wird's jetzt wohl langen“ soll er gesagt haben — die Ursache seiner Selbstverleumdung ist, so ist es vielleicht noch fraglich, ob er die Verleumdung überhaupt begangen hat. Sollte er gelogen haben, — ist er wegen falscher Anschuldigung zu bestrafen, oder ist die Verleumdung auch dadurch schon verübt, daß er sie zur Kenntniß des Gerichts gebracht hat?“ — Also lieber ist der Mann im Gefängnis, anstatt arbeitslos von Ort zu Ort gehetzt zu werden. Und trotzdem giebt es keinen Nothstand, denn wir leben ja in der besten der Welten.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Aus Berlin. In voriger Woche wurde von unseren Verbandskameraden ein Flugblatt verbreitet, dem wir die folgenden Stellen entnehmen:

„Kameraden! Die Würfel sind gefallen. — Das Schiedsgericht hat seinen Spruch gethan, der zu unseren Ungunsten ausgefallen ist. Nun darf es kein Jagen, kein ängstliches Zurückhalten mehr geben, jetzt gilt es nur vorwärts! Die zwei letzten imposanten Zimmererversammlungen am Sonntag gaben die Antwort auf den Schiedsspruch des Gewergerichts, sie zeigten aber auch den Weg, den wir gehen müssen, den einzigen, den es jetzt noch für uns giebt. Au, Kameraden, laßt uns nicht länger Zustände ertragen, wie sie bisher auf uns lasteten. Alle unsere Kräfte müssen wir jetzt anwenden, um unsere aufgestellten Forderungen festzuhalten, damit wir nicht länger als Sklaven, als Arbeitsthier behandelt werden können. Man hat uns ja keinen anderen Ausweg gelassen, als den des Streiks. In dem Verlaufe des Schiedsgerichts haben sich die Unternehmer wohlweislich die Hintertür offen gelassen, durch die sie die zehnstündige Arbeitszeit wieder einführen können. Jetzt, wo unsere

Forderungen zum großen Theile errungen sind, bietet man uns einen so schmachvollen Frieden! Wer nur einigermaßen sich der Mühe unterzieht, über unsere Arbeitsverhältnisse nachzudenken, der muß zugeben, daß unsere Forderungen die denkbar bescheidensten sind. Das wollen aber die Unternehmer nicht zugeben, und statt unsere Forderungen zu bewilligen, hat man sich auf dem Einigungsamt zu der kleinlichsten Handlei eingelassen, uns statt der verlangten 9stündigen, eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit, statt des Minimallohnes von 55 % pro Stunde einen solchen von 52 1/2 % geboten. Und wie wenige Meister sind es außerdem, die selbst mit diesen Bestimmungen einverstanden sind?

Nein, Kameraden, von den gestellten Forderungen dürft und könnt Ihr nicht ablassen. Seht doch um Euch! Die Arbeitslosigkeit nimmt fortgesetzt von Jahr zu Jahr zu und diejenigen, die da auf kurze Zeit Arbeit haben, müssen Ueberstunden machen, bis in in die Nacht hinein arbeiten; Euch bleibt heute nur die Wahl zwischen gänzlicher Arbeitslosigkeit und plötzlicher übermäßiger Anstrengung, die Eure Kräfte frühzeitig aufreibt. Wohl wissen wir, daß es uns in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft nicht möglich ist, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden die Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen, wohl aber können wir das Uebel mildern und um das zu thun, müssen wir alle Kräfte einsetzen. Die tausendmal wiederholte Aufforderung: „Organisirt Euch, tretet dem Verband deutscher Zimmerleute“, der einzigen großen leistungsfähigen Organisation bei, muß heute stärker denn je dem Indifferenten in die Ohren gellen, ihn zum Bewußtsein seiner Pflichten als Mensch, als Kamerad bringen.

Der Kampf wird jetzt heftiger denn zuvor. Die Zeit des langen Arbeitstages rückt immer näher; so mancher Unternehmer, der Euch jetzt gnädig 9 1/2 Stunden bewilligt, wird dann sein Wort zurückziehen oder Ueberstunden arbeiten lassen, wie das jetzt schon auf einigen Plätzen der Fall ist. Da gilt es Kämpfer zu sammeln, die unsere Forderungen hochhalten, die es als ihre heilige Pflicht betrachten, die Rechte der Arbeit zu vertheidigen, einzutreten für eine bessere Lebenshaltung. Wollen wir unsere Existenz nicht auf Jahre hinaus sich immer mehr verschlechtern lassen, so müssen wir jetzt zeigen, daß wir Klassenbewußtsein besitzen und für einander einzutreten bereit sind. Jetzt gilt es zu handeln. Thut ein jeder Einzelne seine Pflicht und Schuldigkeit an jedem Orte und zu jeder Zeit, so müssen wir zu einem Siege gelangen, der uns stark macht für alle späteren Kämpfe.“

Die „Baugew.-Ztg.“ versucht, den Beschluß der Berliner Zimmerer, den Schiedspruch des Einigungsamts nicht anzuerkennen, in der nichtswürdigsten Weise zu frustifizieren. Sie weiß, daß noch nicht alle Meister in Berlin auf ihr Niveau herunter gekommen sind und noch immer so viel Anstand besitzen, ihr gegebenes Ehrenwort zu halten, deshalb macht sie die wunderlichsten Kapriolen, faßelt von „Unverfrorenheit“, von „Anmaßung und Willkür“ der „Führer“ und giebt den Meistern den guten Rath: „Es möge kein Meister sich schriftlich oder durch Ehrenwort zur Einhaltung der aufgedruckten Bedingungen verpflichten, selbst wenn er augenblicklich durch vorübergehende dringende Arbeiten gezwungen ist, auf dieselben einzugehen.“ Außerdem macht sie den Meistern den Mund wässrig, daß die Arbeiter nach dem 1. Mai froh sein werden, wenn sie überhaupt Arbeit finden. Der „Baugew.-Ztg.“ kommt es also darauf an, daß der Kampf weitergeführt wird. Ihre Abonnentenzahl nimmt während der Zeit jedenfalls zu, und sie will höchstwahrscheinlich die Summen wieder zusammen bringen, welche ihr kürzlich verrentet sind. Daher das sonderbare Gebelber und die fortwährende Heberei gegen den Friedensschluß. Wo stecken also die Hezer und Aufwiegler?

Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute theilt unterm 5. März über den Stand des Streiks Folgendes mit:

„Es kommen noch 176 Firmen in Betracht. Zu diesen gehört natürlich ein Theil derjenigen Unternehmer, welche der moderne Bauschwandel tagtäglich zeltigt und deren man zu Verhandlungen trotz eifriger Suchens nicht habhaft werden kann.“

Der geforderte Stundenlohn von 55 % wird fast durchweg gezahlt, auch ist bis jetzt noch nicht vor 7 Uhr früh angefangen worden; doch ist anzunehmen, daß die in Frage kommenden Unternehmer dies über kurz oder lang versuchen werden.

Der Zuzug von Arbeitskräften ist trotz der vielen Warnungen in der Arbeiterpresse ganz erheblich und sind auch hier wieder diejenigen Firmen beeheligt, die vor dem Einigungsamt ihre Humanität nicht genug rühmen konnten.

Die Berliner Zimmerleute aber werden hiermit noch einmal ermahnt, die gefassten Beschlüsse streng inne zu halten, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß alsdann die gestellten Forderungen vollständig durchgeführt werden.

Der Zimmermeister Reinhardt, Thurmstraße 61, hat sein Wort schon wieder gebrochen, indem er die in allen Welttheilen, auch im Winter am Sonnabend übliche einstündige Mittagspause in eine halbstündige umwandeln wollte; seine sämtlichen Zimmerer haben deshalb die Arbeit wieder niedergelegt.

Aus Neuzen wird uns geschrieben: Die Meister scheinen zur Einsicht gekommen zu sein, sie haben, wie wir aus sicherer Quelle wissen, 33 % Stundenlohn bewilligt. Bis jetzt stand der Lohn auf 30 %, gefordert wurden 35 %, worauf die Meister erst garnichts, dann 32 % bewilligen wollten. Nachdem sie einsahen, daß

diese Abschlagszahlung denn doch zu geringe war und die Zimmerer auf wenigstens 33 % beharren, ein Lohn, der für die Verhältnisse in Uelsen keineswegs reichlich genannt werden kann, haben die Meister endlich nachgegeben und den sehr bescheidenen Anspruch bekräftigt. Sie kommen so auch am besten weg, jedenfalls besser als jene Meister, die jede Forderung halbsinnig abschlagen und dadurch die Unzufriedenheit ganz ohne Ursache schüren. Für die Zimmerer wird der Verlauf der Sache aber wieder gezeigt haben, daß sie zusammenhalten und eine gut gefüllte Kasse als Rückenspärr hinter sich haben müssen, wenn sie als berechtigter Faktor anerkannt werden wollen; es ergibt sich die Lehre: **Halte fest am Verbande!**

Bünde, 4. März. Die Bauarbeiterbewegung ist in ein neues Stadium getreten. Wie schon kurz gemeldet, hat Maurermeister Giekman die Forderung der Bauarbeiter rundweg abgelehnt, dagegen erklärten die Maurermeister Hüfner und Strauß und Zimmermeister Schulz ihren Arbeitern, daß sie die zehnstündige Arbeitszeit bewilligen wollten, aber die Arbeiter müßten aus dem Zentralverband austreten.

Zimmermeister Schulz gab folgende schriftliche Erklärung ab: „Nach reiflicher Ueberlegung bin ich zu dem Entschlus gekommen, vom 1. April 1896 ab meinen Arbeitern die gewünschte zehnstündige Arbeitszeit ohne Lohnabzug zu gewähren, dagegen wird der Lohn aber nach Stunden berechnet. Hieran habe ich aber nachstehende Bedingungen zu knüpfen: Wer von meinen Arbeitern zu den sogenannten Fachvereinen gehört, muß seine Mitgliedschaft kündigen. Ich werde von jetzt ab Niemanden mehr beschäftigen, der einem sozialdemokratischen Vereine angehört. Dann soll vom 1. April 1896 ab die gegenseitige Kündigung fortfallen. Wer von den Arbeitern gewillt ist, sich zu verändern, braucht sich nur im Komptoir zu melden, dann steht seinem sofortigen Fortgange kein Hindernis im Wege. Ebenso steht mir bei etwaigen Differenzen das Recht sofortiger Entlassung zu. Von denjenigen Arbeitern, die nicht bis morgen Abend eine andere Meinung bei mir im Komptoir gemeldet haben, nehme ich an, daß sie nach wie vor in Treue und Fleiß unter obigen Verhältnissen weiter arbeiten wollen, doch soll Niemand in seinem freien Willen beeinträchtigt werden. Zur Besprechung im Komptoir hat jeder Arbeiter einzeln zu erscheinen.“

Bünde, den 3. März 1896.
Sämtliche Schulz'sche Arbeiter, Zimmerleute und Tischler, feiern schon seit heute Morgen.

Etwas anders gestaltet sich die Dinge bei Maurermeister Hüfner. Als derselbe auf die Weigerung seiner Arbeiter, aus dem Verbande auszutreten, sie für entlassen erklärte, machten diese die 14tägige Kündigungsfrist geltend. Zwar meinte der Meister zuerst, er kümmerne sich um diese nicht, nachher aber ließ er die Arbeiter ruhig weiter arbeiten. Am Dienstag wurde dann in der Bude eine Platzordnung angehängt, aus welcher folgende Stelle bemerkenswerth ist: „Jeder Arbeiter, der einem Fach- oder Streitverein angehört, wird, sofern er aus demselben nicht austreten will, entlassen; auch wird kein Arbeiter eingestellt, der einem derartigen Verein angehört.“ Am Mittwoch kam er dann mit einer auf kleinen Zetteln geschriebenen Erklärung, welche folgender Wortlaut hatte: „Ich erkläre hierdurch, daß ich dem Fachverein nicht angedehre und daß mir die Platzordnung bekannt ist.“ Diese Erklärung sollten die Arbeiter einzeln unterschreiben. Bis jetzt aber hat, soweit unsere Kenntniß reicht, noch kein einziges Mitglied unterschrieben.

Beim Maurermeister Strauß haben etliche durch Irrführung eine Erklärung unterschrieben, daß sie dem Fachverein nicht angehören, dieselben haben aber ihre Unterschrift schon widerrufen. Die übrigen Bauunternehmer haben theils gar keine Stellung zu dem Vorgehen seitens der Bauarbeiter genommen, theils erklärt, daß sie nichts dagegen einzuwenden hätten, wenn ihre Arbeiter irgend einem Fachvereine angehörten und das die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt würde. Also war wohl die Mitteilung, welche Maurermeister Hüfner den Arbeitern zu machen für gut befand, nämlich, daß sich sämtliche Meister von Bünde und Umgegend bei einer Konvention in der Strafe von M. 50 vereinigt hätten, um kein Mitglied eines Fach- oder Streitvereins zu beschäftigen, nur ein Scherzschuß.

Die Lohnbewegung der Zimmerer in Hürth hat für dieses Jahr d. durch ihren Ausschuss gefunden, daß die Meister 35 % pro Stunde als Mindestlohn, 30 pSt. Ausschlag für Sonntagsarbeit und 50 pSt. Ausschlag für Nacharbeit bewilligten. Der Ausschlag für Ueberstunden und für Arbeiten auswärts bleibt der jedesmaligen Uebereinkunft überlassen. Diese Vereinbarungen treten am 1. April in Kraft.

Aus Stuttgart. Wie wir aus der „Schwäb. Tagw.“ erfahren, haben die Baugewerksmeister eingewilligt, die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen.

Statistisches aus Mannheim. Die Lohnkommission der Zimmerer Mannheims hat eine Erhebung veranstaltet, die folgendes Resultat ergab. In Mannheim wohnhaft sind 165 Zimmerer; 15 wohnen in Ludwigshafen und arbeiten in Mannheim; 37, die außerdem hier arbeiten, wohnen in anderen umliegenden Orten. 135 Zimmerer stehen im Alter bis zu 30 Jahren; 40 stehen im Alter von 30-40, 29 im Alter von 40-50 Jahren und 13 Zimmerer sind älter. Verheirathet sind 135 Zimmerer, unverheirathet 82. Organisirte sind 104 Zimmerer, 113 nicht. Der Stundenlohn schwankt zwischen 30 und

50 %. Es erhalten 12 Zimmerer 30 % Stundenlohn, 7 31 %, 6 32 %, 23 33 %, 50 34 %, 57 35 %, 19 36 %, 14 37 %, 13 38 %, 3 39 %, 8 40 %, 2 42 %, 1 45 % und 2 50 %.

Abrechnung des Agitationscomités für Rheinland und Westfalen (vom 22. September 1895 bis 1. März 1896). Einnahme: Alter Bestand M. 83,83, aus Däneldorf 11,20, Bielefeld 9,64, Dortmund 18,75, Solingen 10, Düsseldorf 11,30, Dortmund 9,10, Bielefeld 7,36, Essen 6, Bochum 20, Summa M. 187,18. Ausgabe: M. 240. Bestand M. 184,78. Die Abrechnung zeigt, daß viele Zahlstellen an ihre Verpflichtungen garnicht gedacht haben und andere die Verpflichtungen nur theilweise erfüllt haben. Es sollen 10 pSt. der Lokaleinnahme an das Agitationscomité abgeführt werden und wir ersuchen deshalb die Mitglieder, darauf zu dringen, daß die Zahlstellenvorstände die Gelder abführen.

Ende Mai werden wir ein Flugblatt an die Zimmerer in Rheinland und Westfalen herausgeben, weshalb wir ersuchen, uns umgehend mitzutheilen, wie viel Exemplare in den einzelnen Orten benötigt werden, damit wir die Auflage bemessen können.

Der nächste Provinzialverbandstag wird in Essen abgehalten, den Termin und alles Nähere werden wir nächstens bekannt machen. Anträge, Geldsendungen usw. sind zu richten an W. Kater, Düsseldorf, Corneliusstr. 28. Das Agitationscomité.

Den Zahlstellen der Provinz Brandenburg zur Nachricht, daß der erste Provinzialverbandstag in den Osterfeiertagen in Berlin abgehalten wird. Das Lokal, und wann die Eröffnung stattfindet usw., wird nächstens bekannt gegeben. Die Kosten des Provinzialverbandstages werden der Mitgliederzahl der Zahlstellen entsprechend berechnet. Es sind hierdurch sämtliche Zahlstellen in der Lage, Delegirte senden zu können. Die vorläufige provisorische Tagesordnung lautet: 1. Wahl einer Mandatsprüfungskommission. 2. Bureauwahl. 3. Bericht und Rechnungsergebnis der bisherigen Agitation. 4. Berathung und Beschlußfassung über eingegangene Anträge. 5. Die fernere Gestaltung der Agitation in der Provinz Brandenburg event. Wahl einer Kommission und Sitz derselben.

Kameraden! Es sind absichtlich die Osterfeiertage gewählt worden, weil dadurch die Kosten nicht so groß werden, und es dadurch jeder Zahlstelle möglich ist, sich vertreten zu lassen. Ein Jeder wird einsehen, daß es in unserer Provinz noch viel Agitationsarbeit giebt, denn noch ist es nur eine geringe Anzahl Zimmerer, welche zu unserer Organisation gehört. Da es vor der Hand kein Mittel weiter giebt als unsere Organisation, um unsere elende Lage auszubessern, muß es umso mehr anspornen, für dieselbe zu agitiren. Darum ersuchen wir sämtliche Zahlstellen, wo es noch nicht geschehen, unvorzüglich die Delegirten wählen vorzunehmen. Anträge, sowie die Namen der Delegirten sind bis spätestens den 29. März an die Adresse E. Stehr, Berlin NW., Dueselstraße 25, Quergebäude II, einzulenden.

Alle näheren Bekanntmachungen erfolgen später.
Mit kameradschaftlichem Gruß
F. A.: F. Wellow, Waldemarstr. 68.

NB. Mandate werden nicht zugesandt, jedoch müssen selbige den Verbandsstempel tragen. Alle arbeitserkundlichen Blätter Brandenburgs werden um Abdruck gebeten.

Die Differenzen zwischen den Konfektionsarbeitern und der Firma Blume & Comp. in Hamburg sind, wie uns die Streikkommission mittheilt, definitiv geregelt.

Bayerisch oder sächsisch? Dem Magistrat Würzburgs ging eine Ministerialentscheidung zu, wonach das Gesuch der Würzburger Gewerkschaften um Erlaubniß zu einer Geldsammlung für die streikenden Konfektionsarbeiter abgelehnt ist, da grundsätzlich jede Bewilligung zu einer Geldsammlung, welche Fortsetzung von Arbeitseinstellungen fördert, verweigert werde. Der Magistrat hatte das Gesuch bekanntlich befürwortet. In Bayern, so bemerkt hierzu die „Unterfränkische Volkzeitung“, darf zwar gesammelt werden für Kirchen, Klöster und ähnliche fromme Zwecke — nur dem Arbeiter ist es verboten, seinen Mitmenschen im Kampfe gegen das Unternehmertum zu unterstützen, und das reichgesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht steht nur auf dem Papier.

Prestitumen über den Antrag der Generalkommission, die Gründung eines Streik-Reservefonds betreffend. Die „Solgarbeiter-Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 10 vom 8. März einen längeren Artikel. Den Kern desselben bilden die folgenden Sätze:

„Wenn wir uns für den Vorschlag der Generalkommission interessieren, so geschieht es aus dem Grunde, weil wir eingesehen haben, daß es wie bisher mit der Ansehnlichkeit von Streiks nicht fortgehen kann, ohne annähernd die Gewißheit zu haben, daß zu deren Durchführung auch die erforderlichen Mittel vorhanden sind. Nicht viele Lohnkämpfe enden entweder mit der Niederlage der Arbeiter, oder ihre Erfolge sind so minimal, daß es sich garnicht verlohnte, überhaupt in den Kampf einzutreten. In den meisten Fällen ist Beides auf mangelnde Unterstützung zurückzuführen, aber auch nicht selten auf die Nichtbetheiligung der Indifferenten am Orte. Sei es, daß diese befürchteten, die Unterstützung werde ausbleiben, oder infolge ei es voraussichtlich ausichtslosen Kampfes ihre Arbeitsplätze zu verlieren, was unter Umständen eine noch größere Verschlechterung

ihrer Lage bedeuten würde — so viel ist sicher, würden sie wissen, daß eine starke, leistungsfähige Organisation mit einer gefüllten Kasse hinter ihnen steht, die Interesslosigkeit und Muthlosigkeit würde verschwinden. Aber auch das Unternehmertum würde einer gut gefüllten Gewerkschaft gegenüber eine viel verschönerere Gestalt annehmen, als dies bei Organisationen der Fall ist, die über wenige oder gar keine Kampfmittel verfügen.“

Einen Nachweis, daß der Antrag bei seiner Durchführung die erwähnten Uebelstände beseitigen wird, oder auch nur beseitigen kann, vermiffen wir leider.

Zum Gewerkschaftskongreß. Die „Buchbinder-Zeitung“ erörtert Fragen, die nach ihrer Ansicht vom Kongreß berathen werden müßten, sie bespricht dabei auch den Arbeitsnachweis. Die leitenden Gesichtspunkte dabei sind interessant genug, um auch hier wiedergegeben zu werden:

Für die kommunale Arbeitsvermittlung kommen drei Grundforderungen in Betracht: 1. demokratische Urwahlen für die Aufsichtskommission und Selbstbestimmungsrecht derselben innerhalb des statutarisch bezeichneten Zuständigkeitsbereichs; 2. Selbstverwaltung, d. h. praktische Geschäftsführung der Arbeitsvermittlung durch einen Arbeitervertrauensmann, und 3. völlige Neutralität bei Ausständen und Auspörrungen. Der Urheber des kommunalprojekts, Lautenschlager, umging die erste Forderung geschickter Weise dadurch, daß er an Stelle der urgewählten Aufsichtskommission die aus indirekten Wahlen der Gewerbegerichtsbesitzer entstandene Geschäftskommission, mit dem Gewerbegerichtsvorsitzenden an der Spitze, vorschlug. Obgleich die Arbeiter keineswegs für indirekte Wahlen schwärmen und die Gewerbegerichts-wahlen keineswegs ihrem idealen Urwahlmodus entsprechen, so konnten sie den Vorschlag schon deshalb akzeptiren, weil unter den obwaltenden Machtverhältnissen ein besserer Modus nicht zu erreichen war; bedenklicher dagegen war die Uebernahme des Gewerbegerichtsvorsitzenden als Geschäftsleiter, die keineswegs als Kompensation der Selbstbestimmung gelten konnte. Diese Beamten besitzen keinesfalls die Unabhängigkeit und das Vertrauen, das ein solcher Posten voraussetzt, worüber uns die weitgehenden Differenzen in einer Reihe von Städten zur Genüge belehrt haben. Daß sie sich nicht einmal das völlige Vertrauen der Unternehmer zu sichern vermochten, war ein Grund mehr, sie von diesem für sie ungeeigneten Plage fernzuhalten. Aber Lautenschlager läßt dies ganz unberücksichtigt und erörtert nicht einmal das Vorschlagsrecht der Aufsichtskommission, das dem Leiter wenigstens das Vertrauen einer der Interessengruppen gesichert hätte. — Wenn die Arbeiter sich auch der Leitung eines selbstgewählten Dritten zu unterordnen vermögen, so darf doch nicht unter dieser Flagge der Bureautratie Thür und Thor geöffnet und ein im Mittel-land der gewerblichen Kämpfe stehendes Institut einem abhängigen Beamtenthum überliefert werden, welches eine hohe Gefahr für die Arbeiterbewegung in sich schließt. Diese Bureautratie folgt nicht der eigenen Einsicht, sondern der uns bekämpfenden Staatseinion — sie würde das Unternehmertum als Klasse und Stütze des Ordnungsfakts schätzen und den Arbeitsnachweis mit Polizeimaßregeln gegen Arbeitslose und Landstreicher verknüpfen, wie dies die bisherige Entwicklung der Verpflegestationen und Arbeitskolonien erhellt.

Deshalb ist die erste Forderung der Arbeiter innig mit der zweiten verknüpft, welche verlangt, die praktische Vermittelung in Arbeiterhänden zu legen. Ein Arbeitsnachweis mit Polizeibehörden, Rathsangehenden und Militärärzten an der Spitze ist ein Uebing, dessen Benutzung den Arbeitern widerstrebt, da nur gewerbliche Klassengenossen, die die Bedürfnisse der Arbeiter kennen und gewerbliche Leistungen beurtheilen können, das Vertrauen der Arbeiter genießen. Die bequeme Logik, daß ein Bureau auch diese Arbeiten viel besser besorgen könnte, ist hier abel angebracht; hier handelt es sich vor Allem um die Immunisirung des Instituts gegen polizeilich-bureautratische Einflüsse, und die kann nur ein Arbeiterssekretär garantiren, der das weiteste Vertrauen der Öffentlichkeit genießt. Auch er wird die Geschäfte lediglich nach Maßgabe der Geschäftsordnung zu führen haben, aber die Deffentlichkeit seines Amtes und Rufes hindern ihn, sich mit polizeilichen Einflüssen zu infiziren, die dem rein gewerblichen Interessenkampfe einfach fern zu bleiben haben. An dritter Stelle fordern die Arbeiter endlich auch die formelle Garantie, daß der kommunale Arbeitsnachweis bei Streiks und Auspörrungen gleicherweise seine Thätigkeit für die betreffende Branche einstellt. Lautenschlager hat, merkwürdig genug, diesen Punkt völlig übersehen; viell.icht ahnte er instinktiv, daß das schöne Harmonieprojekt gerade an den scharf entwickelten Klaffengegnissen scheitern könnte, und so mied er Alles, was auf die Gegenseite noch besonders hinweisen könnte. Diese künstliche Verschleierung der Gegensätze mag allerdings die allseitige gute Aufnahme des Projekts, besonders bei den Regierungen, bewirkt haben, und es wäre vielleicht ebenso schnell in der Zeitströmung untergetaucht, wenn sich die Regierungen nicht seiner mit besonderer Föbderung angenommen hätten. Zwar haben auch die Arbeitervereine im Ursprungslande diese Mängel nicht sonderlich gerügt, und es gehört eben die ganze Gemüthlichkeit des heiteren Schwabenlandes dazu, daß sich auch der besten Vereinstreue erstreut, um dieses Vertrauen zu verstehen. In jedem anderen Staate wäre das Projekt von der grausamen Kritik aller Parteien vor seinem Debüt zerpfückt worden, und der Kampf um den Streikparagrapheu entbrannte schon bei seinem ersten Ueber-

Schreiten der schwarzrothen Grenzpfähle und hat seitdem die Kommunalreform auf ihrem ganzen Lebenswege begleitet. Und doch ist der Streitparagraf die unerlässliche Vorbedingung eines kommunalen Arbeitsnachweises. Im Lohnkampfe giebt es keinen Mittelweg; wollte hier ein Arbeitsamt neue Stellen vermitteln, so würde es lediglich die Hoffnungen der Unternehmer erfüllen und die Arbeiter auf's Empfindlichste schädigen, und das im gleichen Augenblicke, wo deren Organisation, die durch ein solches Verhalten vernichtet werden muß, erst ihren ganzen Zusammenhang beibehalten sollte. Aber auch dort, wo die Neutralität des Arbeitsnachweises nicht ein für alle Mal statutarisch bestimmt ist, sondern zufälligen Beschlüssen der Leitung oder des Einigungsamts überlassen bleibt, ist keine Gewähr geboten, daß die Arbeiter nicht in jedem Einzelfalle überrumpelt werden. Gerade hier ist Vertrauenslosigkeit am wenigsten angebracht, da sie nur einschüdernd wirkt.

Diese drei Grundforderungen der Arbeiter sind bisher in keinem der bestehenden kommunalen Nachweise zur Gänze erfüllt. Der den schwäbischen Arbeitsämtern zu Grunde liegende Entwurf Lautenschlager's erfüllt keine derselben; statt hier am Ausgangspunkte der Reform dieselbe auf unsere Grundprinzipien zu prüfen, hat man sich mit der mehr nebensächlichen Frage der Unentgeltlichkeit befaßt, obwohl auch deren gegenseitige Regelung nicht jedes Interesse der Arbeiter an dieser Einrichtung erfüllt hätte. So wünschenswerth auch wir die Unentgeltlichkeit der Vermittlung erachten, so war doch auch eine geringfügige Gebührenerhebung nicht das größte Hindernis dieser Reform; vielmehr war sie ein Grund mehr, jede bürokratische Regelung auszuschließen, sofern sich das Institut aus sich selbst erhält.

In Württemberg sind nach dem Vorschlag Lautenschlager's bislang acht Arbeitsämter und zwei Arbeitsämter entstanden: zu Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Eßlingen, Göttingen, Cannstatt, Ravensburg und Schwäbisch Hall, sowie zu Calw und Badnang. Sie beruhen, ephulve der drei letzter, auf Grundlage des Gewerbegerichts, sind alle in bürokratischer Leitung und haben im Statut keinen vollen Neutralitätsparagrafen. Sie sind sowohl organisatorisch als auch telephonisch untereinander verbunden und werden von der württembergischen Regierung nach Kräften und, wo nötig, mit Geldmitteln unterstützt. Gleichfalls auf den Gewerbegerichtskollegien beruhen die Arbeitsnachweise zu Frankfurt a. M. (wo die Kommunalreform zum ersten Male außerordentlich debütierte), Trier, Weimar, Mainz und Heidelberg, während in München, Breslau und Dortmund nur die Arbeitervertreter vom Gewerbegericht, die Arbeitgebervertreter dagegen vom Magistrat resp. den Stadtverordneten gewählt werden, aus Furcht, die Sozialdemokratie möchte sich auch der Arbeitgeberseite bemächtigen. In Kitzdorf, Frankfurt a. d. O., Braunschweig, Nordhausen, Hannover, Kilmars, Chemnitz und Plauen schweben die Verhandlungen über die gleichen Grundlagen. In Erfurt, Erfeld, Bamberg, Kaiserslautern, Strassburg, Gera, Solingen, Nürnberg, Elberfeld, Düsseldorf, Dessau und Siegen dagegen ist die Wahl der Aufsichtskommission den Magistraten oder Stadtverordneten übertragen, auf welche die Arbeiter so gut wie keinen Einfluss haben. Abgesehen wurde von der Schaffung kommunaler Institute in Berlin, Köln, Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, Freiburg i. B., Aachen, Kiel und Eßen, und dafür Vereinsinstitute subventionirt, die den Arbeitern nur eine minimale Mitwirkung gestatten. In Köln hat man eigens ein ganzes Kartell von Vereinen geschaffen, worunter das Gewerkschaftskartell mit drei unter 14 Vertretern beiteilt ist, während ihm die Gewerbegerichtswahl die Hälfte der Vertreter gesichert hätte. In Freiburg hat man den Gewerkschaften nach langem Zögern zwei Vertreter zugestanden; in Kiel wurde eine Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde mit der Gründung des Arbeitsnachweises betraut, und in Düsseldorf ist die ganze Geschichte mit dem Armenamt verbunden. Gänzlich abgelehnt wurde die Bedürfnisfrage in Oldenburg, Halle a. S., Jferlohn, Gdeltz und Leipzig. In Hörde wurde ein Kreisinstitut durch den Kreisaußschuß errichtet. In Oberhausen, Duedlinburg, Gebweiler, Salletstadt, in Rauen, Kremen, Kegin, Belten und Fehrbellin, sowie in einer ganzen Reihe brandenburgischer und schlesischer Orte hat man sich mit den primitivsten politischen und gemeindlichen Einrichtungen begnügt; in Wühlheim a. Rh. hat der Magistrat eine schwarzladirte Tafel für M. 300 gestiftet — voilà tout (das ist Alles) — während in Fftrich ein Polizeischreiber die ganze Geschichte so nebenbei im Nebenamt besorgt. Auch die zweite Grundforderung ist den Arbeitern unseres Wissens bei keinem der bestehenden Arbeitsämter und Nachweise erfüllt — vielmehr sind es überall Magistratsangestellte, Polizeischreiber und Militärärzter, die die praktische Vermittlung besorgen — ja, in Heidelberg scheint man sich nicht, einen aus dem Staatsdienst tretenden Wachtmeister der Kriminalpolizei anzustellen. Ohne die Intelligenz dieser Kräfte zu bemängeln, müssen wir doch die Frage, ob diese Leute den an sie gestellten sozialen und unparteiischen Anforderungen genügen und gegen ungebührliche bürokratische Einflüsse Gewähr bieten, auf's Entschiedenste verneinen. Diese Praxis wird sich in der Folge noch schwer genug rächen, um so schwerer allerdings, wenn sich dazu auch noch eine falsche Regelung der finanziellen Grundlagen durch Gebührenerhebung gesellen sollte, wie dies in einigen Städten (Breslau zc.) geschehen ist. Man hätte ebenso gut die Leitung der Gewerbeämter übertragen können. Es gehört freilich keine große Kunst dazu, ein soziales Institut dadurch dem Interessentenkampfe zu entziehen, daß man es der Bureaucratie unterstellt; für die Arbeiter wird es aber entwerthet.

Auch der Streitparagraf hat fast nirgends die uns genügende Regelung gefunden. Nur die Kölner Arbeitsnachweisanstalt steht bei Streiks und Sperren jede Vermittlung für die betreffende Branche ein; da es sich aber hier um ein Vereinsinstitut handelt, in dem die Gewerkschaften nur mit drei von 14 Vertretern beiteilt sind, so ist die stete Befolgung und Beibehaltung der Klausel in keiner Weise garantiert. In Frankfurt a. M. war es dem Kartell gelungen, Magistrat und Stadtverordnete von der Nothwendigkeit der Neutralitätsklausel zu überzeugen, da verlagte die Wiesbadener Provinzialregierung der Streitklausel die Genehmigung, und das Institut trat ohne dieselbe, unter dem Protest der Gewerkschaften, in's Leben, doch hat der Magistrat noch im letzten Moment einen reaktionären Trick in's Statut hineingebracht, indem er sich das Recht der jederzeitigen Auslösung des Nachweises vorbehielt, eine Maßregel für den Fall, daß das Institut eine unangenehme sozialpolitische Wirksamkeit entfalten oder die Sozialdemokratie auch die Arbeitgeberseite erobern könnte. In Mainz ist der Streitparagraf ebenfalls am Widerstand der Kommune und der herrschenden Regierung gescheitert, und es wurde dafür das Einigungsamt obligatorisch zum Einschreiten ermächtigt. In Trier hat man mit Zustimmung der Regierung eine Streitklausel genehmigt, und man hat das als einen großen Sieg der Arbeiterseite bezeichnet. Das drückt eine allzu große Bescheidenheit der Gewerkschaften aus, denn der Trierer Streitparagraf garantiert keineswegs die sofortige Einstellung der Vermittlung, sondern er macht das weitere Verhalten vom Beschlusse der Aufsichtskommission abhängig, nachdem das Einigungsamt erfolglos vermittelt hat. Das ist nun gerade im schwarzen Trier, wo die Gewerbegerichtsseite durch die katholischen Gesellen- und Arbeitervereine behauptet werden, keine besondere Neutralitätsgarantie, und es bleibt uns unerfindlich, wie man darin einen hervorragenden Sieg der Arbeiter erblicken kann. Was können uns aber gar die Streitklauseln à la Trier in Städten nützen wie Gera, Bamberg, Strassburg und Kaiserslautern, wo die Aufsichtskommission durch die Stadtvertretung gewählt wird? Gänzlich abgelehnt wurde die Streitklausel u. a. in Breslau, Kaiserslautern und Nürnberg. Der typischste Fall für den Mißerfolg der Kommunalreform ist der von München, wo die Stadtverordnetenkommission eine Streitklausel nach Antrag des Gewerkschaftskartells abgelehnt, aber wenigstens die Einstellung der Vermittlung bei Ausperrungen zugelassen hatte. Diese Fassung wurde im Plenum angegriffen und nach Kompromiß bestimmt, daß das Arbeitsamt bei Streiks wie bei Sperren gleicherweise seine Tätigkeit vorerst fortsetzt, aber den Parteien eine achtstägige Frist zur Anrufung des Einigungsamtes stellt; erst nach erfolgtem Einigungsversuch entscheidet die Kommission, ob noch eine Aenderung des Verhaltens am Plage sei. Trotzdem hat sich noch eine Gewerkschaftsversammlung gefunden, die auch zu dieser Regelung ihre Mitwirkung nicht verweigerte, und neuerdings machen sich dort sogar Bestrebungen zur Preisgabe der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise geltend.

Das ist in großen Umrißen die Situation, mit der sich jetzt endlich der Gewerkschaftskongress zu beschäftigen hat; er wird sich hoffentlich klar und deutlich aussprechen, inwieweit die gewerkschaftliche Initiative und Mitwirkung an dieser Kommunalreform mit den gewerkschaftlichen Prinzipien im Einklange steht. Es kann sich unseres Erachtens gar nicht darum handeln, in jedem Orte und um jeden Preis einen kommunalen Arbeitsnachweis zu erhalten, sondern bestenfalls darum, sich dieser auch ohne unier Drängen von selbst kommenden Entwicklung zu bemächtigen. Auch der beste Arbeitsnachweis kann keine neue Arbeit schaffen, wenn er auch der Arbeiterschaft — ebenso gut wie Arbeiterkolonien, Obdachlosenanstalt und Suppenanstalten — manche Vortheile bietet. Andererseits erweckt er auch, besonders bei zentraler Regelung, mancherlei Bedenken hinsichtlich der Beschränkung der Freizügigkeit, wozu er leicht Gelegenheit bietet. Aber der beste kommunale Arbeitsnachweis wird werthlos, wenn er die wichtigsten Interessen der Arbeiter verletzt und eine Waffe gegen unsere berechtigten Bestrebungen in Gegnerhänden wird. Dann muß aber auch der Unsicherheit ein Ende gemacht werden, welche bürgerlichen Sozialpolitikern zweifelhaften Schloßes gestattet, mit der Heeresfolge organisirter Arbeiter weiter zu kreben. Sagen wir es frei, daß ein Fortschreiten auf diesem abwärts führenden Wege unmöglich ist — daß die Arbeiterschaft den schönen Wahn aufgibt, als könne ein harmonisches Zusammenwirken mit Behörden und Unternehmern die Arbeiter beglücken.

Was ist der Leser eines Fachblattes diesem schuldig? Diese Frage beantwortet das Fachblatt „Die Wäule“ in folgenden Ausführungen: „Von einem Fachblatt verlangt man heutzutage, daß es Beschreibungen bringe über alles Neue, was auf dem betreffenden Gebiete vorgeht, daß es die Interessen des Gewerbeszweiges vertritt, auf Alles Licht habe, was auf wirtschaftlichem Gebiete vorgeht, und seine Leser rechtzeitig darauf aufmerksam mache; man erwartet Betriebsbeschreibungen zu finden, Rathschläge, wie sich die Sprezen verringern lassen zc. Das und noch vieles andere soll der Redakteur wissen und leisten, und wenn er fragt: Ja, wo soll ich dies Alles hernehmen? so zucht der liebe Leser die Achseln und sagt: Das ist doch keine Sache! Gemach, lieber Leser, das ist denn doch nicht ganz so; es ist nicht bloß seine, sondern es ist auch Deine Sache; denn wenn Du verlangst, die Zeitung solle Dir helfen, sie solle die Interessen Deines Gewerbes, die auch Deine eigenen sind, wahrnehmen und vertreten, so hast Du auch die Verpflichtung, dabei thätig mitzuwirken und

nicht bloß zuzusehen. Der Redakteur, wenn er sich auch die größte Mühe giebt, kann nicht Alles übersehen, Alles wissen, Alles beobachten, und wenn er auch seine Mitarbeiter hätte, die ihm hülfreich zur Seite ständen und ihn in seinen Bestrebungen unterstützten, so kann auch diesen noch manches entgehen, was für das große Ganze von Wichtigkeit ist.

Hier nun beginnt die Pflicht des Lesers, den Redakteur aufmerksam zu machen, was und wo es fehlt. Der Leser hat die Pflicht, den Redakteur seines Fachblattes zu unterstützen, ihm seine Anschauungen und Erfahrungen mitzutheilen, damit derselbe sie zum allgemeinen Besten verwerte. Wir sind glücklicherweise über die Zeiten der Geheimnisträmerei hinaus, wir wissen, daß, wenn heute ein Fortschritt in unserem Gewerbe gemacht wird, derselbe sofort zum Allgemeingut wird — ist es eine Maschine, so forat der Fabrikant für die Bekanntwerdung; ist es ein Verfahren, so verbreiten es die Leute — bekannt werden die Fortschritte auf alle Fälle, so oder so.

„Nun gut,“ wird einer oder der andere der geehrten Leser sagen, „wenn das der Fall ist, so brauche ich es nicht zu sein, der es bekannt giebt, es hat mich mein Geld gekostet, mögen Andere das ibrige auch anwenden.“ Lieber Leser, wenn das wirklich Deine Meinung wäre, so wäre dies, mit Verlaub zu sagen, eine verkehrte. Denn sieh, wenn Alle so denken, so muß eben Jeder seine Erfahrung selbst sammeln, und wenn das Geld kostet, so kostet es Jedem das Geld und es geht eine große Summe Geldes nutzlos verloren, die erspart werden könnte, wenn die Erfahrung vorher mitgetheilt worden wäre. Nun sieh, diese Ersparniß kaufst Du durch die Zeitung haben, wenn Du Deine Erfahrungen mittheilst, Andere kommen nach und thun dasselbe, und schließlich hat ein Jeder Nutzen. Es kommt aber auch vor, daß Mancher denkt, er hat das Besse, und schließlich stellt sich heraus, daß ein Anderer noch etwas Besseres weiß. Wie kann aber das Bessere zu Tage kommen, als — nur durch Aussprache. Deshalb, lieber Lieber, mit Deinen Erfahrungen nicht hinter dem Berge gehalten, heraus damit, Du wirst bald viel mehr dagegen empfangen können.

Mancher wird sagen, er sei nicht mit der Feder bewandert. Das ist eine Ausrade, wenn auch keine gute. Schreibe doch Jeder seine Ansicht so nieder, wie sie ist; wenn es nötig ist, wird schon der Redakteur für die geeignete Form sorgen und der Sache eine hübsche Jacke umhängen. Wegen der Form der Mittheilungen braucht sich Keiner Sorge zu machen; wenn die Mittheilung sich auf eine Postkarte schreiben läßt, so genügt diese; nur um Eins wird gebeten, Ort, Vor- und Zunamen deutlich zu schreiben, besonders die Unterschrift, denn wenn auch die Mittheilung ohne Namen veröffentlicht werden soll, so muß doch die Redaktion die Namen der Einsender kennen.

Anonyme Zusendungen werden auf alle Fälle unbeachtet gelassen. Jeder, der etwas mitzutheilen hat, muß der Redaktion so viel Vertrauen schenken, ihr seinen Namen mitzutheilen; wer dies nicht kann, wem dies der Wahrheit gegenüber zu schwer ist, der bleibe lieber fern; wie soll von anonymen Mittheilungen die Redaktion die Verantwortung dem Pressegesetz gegenüber tragen?

Auch spare man nicht gar zu sehr mit Zeit und Papier, mit Zeit nicht, daß man nicht wartet bis zum letzten Augenblick des Redaktionschlusses — mit Papier nicht, sondern daß man alles nur auf eine Seite des Papiers niederschreibt, auch links oder rechts etwas freien Rand läßt; die Redaktion muß es für den Druck fertig machen können und das ist oft schwerer als Mancher glaubt. Ein erg, unleserlich, wozüglich auf beiden Seiten beschriebenes Manuskript legt jede Redaktion bis zu allerletzter hin, und oft ist die Ansicht auf Aufnahme eine zweifelhaft.

Literarisches.

Lueger, Dr. Otto, Lexikon der gesammten Technik und ihrer Hülfswissenschaften. Abtheilung 12. (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.) Die neueste Abtheilung dieses rasch voranschreitenden großen Werkes enthält wiederum eine Reihe technisch sehr wichtiger und dementsprechend ausführlicher Artikel, besonders aus dem diesmal in den Vordergrund tretenden Gebiete des Maschineningenieurwesens. Wir finden darin die Fortsetzung von „Dampfessel“: Dampffesselberechnung (Heizfläche, Rohfläche, Heizkanäle, Schornstein, Materialarten), Dampffessel-Betrieb, Einmauerung, Explosion, Fabrikation. Anschließend folgen: Dampf-Kolben, Krähne, Rautenwerke, Leitung, Mantel, Maschine. Dem letztgenannten Artikel, der eine systematische Uebersicht liefert, sind theilweise bereits Spezialbeschreibungen (z. B. Palanzir-Maschinen) vorausgegangen, theilweise folgen solche schon in diesem Hefte, z. B. eine sehr ausführliche der Dampfturbinen. Dampf-Ofen, -Pflug, -Steuerapparate (bei Schiffen), -Wasserableiter, -Winden zc. mögen noch besonders genannt werden; ebenso Desinfektionsapparate, Desintegratoren, Dibelmaschine, Differentialräder zc. Die Artikel: Dauerverbände (Verhalten der Materialien bei lange anhaltender Zuanpruchnahme), Dehnbarkeit, Dehnung, Dehnungsmesser, Dehnungszeichner zc. führen in die bewährtesten Methoden der Materialprüfung und in die korrektesten Bezeichnungen der Festigkeitslehre ein. Ueber Desinfektion, Destillation, Dextrinabfabrikation zc. sind ebenfalls ausführliche Abhandlungen aufgenommen. Für den Architekten ist der Artikel „Decken“ und das Gebiete des Bauingenieurwesens sind neben wichtigen geodätischen Aendlerbeschreibungen mehrere umfassende

Artikel, z. B. Deich, deutsches Tunnelbauwesen u. zu vergleichen. Sehr willkommen dürfte allen Technikern der große, mit reichhaltiger Tabelle ausgefärbte Artikel „Dichtigkeit“ sein, der sich durch klare Begriffsbestimmung und Bezeichnung des Einflusses von Temperatur, Aggregatform, relativer Feuchtigkeit u. vor den seither bekannten Zusammenstellungen dieser Art auszeichnet. Die Abhandlungen aus der reinen Mechanik und der Mathematik (Dilatation, Differentialgleichungen der Bewegung, Determinanten, Differentialgleichungen, Differentialrechnung u. dergl.) sind bei geringer Raumbeschränkung ebenfalls sehr inhaltreich. Das Gleiche gilt für die Artikel mineralogischen und geognostischen Inhaltes. In besonders knapper Form erscheinen jetzt die Artikel aus der reinen Chemie, wie denn überhaupt das Bestreben, bei jedem Aufsatze gleich mitten in die Sache einzutreten, historisches und Fernerliegendes durch Literaturangaben zu erlebigen und in möglichster Kürze, aber ohne Einschränkung des Wissenswerthen vorzugeben, alle Freunde des Unternehmens wohlthuend berühren wird. Dieses Ziel ist bekanntlich bei derartigen Publikationen am schwierigsten zu erreichen.

Die Röntgen'sche Entdeckung. Allgemein verständlich dargestellt von Dr. B. Vorhard. Mit zehn Illustrationen und einer nach dem Röntgen'schen Verfahren aufgenommenen Photographie. Preis 30 M. (Berlin S, Verlag von Hans Baake.) Der Verfasser hat es unternommen, nicht nur die neugefundenen Thatsachen mitzutheilen, sondern auch diejenigen physikalischen Begriffe und Apparate zu erläutern, welche für das Verständnis jener Thatsachen notwendig sind. Er hat dabei keine Kenntnisse bei seinen Lesern vorausgesetzt, um so Jedem in die Lage zu bringen, sich ein Bild von der neuen Entdeckung und ihrer Tragweite zu machen. Er bespricht in einzelnen Kapiteln den Luftdruck und die Luftpumpe, den elektrischen Strom und seine Wirkung, die elektrische Induktion und den Funken-Induktor, die elektrischen Entladungen in verdünnten Gasen und die Kathodenstrahlen, die Entdeckung der Röntgen'schen Strahlen, die Photographie mit den X-Strahlen, den Nutzen der X-Strahlen für die Wissenschaft und Technik, die Natur der X-Strahlen. Betreffs lehrreicher Verständnisse sind zehn Figuren beigegeben, sowie die gelungene Abbildung einer Maus nach dem neuen Verfahren. Wir glauben, daß die leichtfaßliche Schrift viele Leser finden und ihnen auch mancherlei Anregung zu eigenem Nachdenken geben wird.

Quittung

der Hauptkasse des Verbandes der Zimmerleute und verwandten Berufsgenossen Deutschlands über eingegangene Beträge in der Zeit vom 1. bis 29. Februar 1896.

Ahrensbüdt M. 17,78, Altona i. Du. 18,50, Bremen i. Du. 8,50, Bielefeld i. Du. 7,50, Berlin i. Du. 5,—, Braunschweig i. Du. 3,—, Brandenburg i. Du. 4,50, Celle i. Du. 5,—, Dortmund i. Du. 17,50, Elmshorn i. Du. 7,—, Eutin i. Du. 7,50, Freiburg i. Du. 4,31, Flensburg i. Du. 2,50, Gaarden i. Du. 5,—, Güstrow i. Du. 2,—, Gadebusch i. Du. 2,50, Heilbrunn i. Du. 1,—, 62,05, Heidelberg i. Du. 4,—, Herne i. Du. 2,50, Hamburg i. Du. 4,50, Halberstadt i. Du. 1,50, Kiel 12,—, Lauenburg i. Du. 2,50, Lüneburg i. Du. 6,50, Ludwigslust i. Du. 3,50, Lübeck 32,50, i. Du. 8,—, Münster i. Du. 2,50, München i. Du. 20,—, 15,—, Mühlhausen i. G. i. Du. 4,—, Mannheim i. Du. 7,80, Minden i. W. 12,03, i. Du. 3,—, Magdeburg, Eintr., 12,—, Neustadt i. R. i. Du. 2,—, Nürnberg 59,—, Posen 7,32, Plauen 16,12, Ploßdorf i. Du. —,50, Stade i. Du. 3,50, 2,—, Stettin 75,—, i. Du. —,50, Stendal i. Du. 2,—, Sternberg i. R. i. Du. 1,—, Steinbeck i. Du. —,50, Saarbrücken 24,06, Schleswig i. Du. 4,50, Stargard i. P. 20,28, Soltau, Eintr., 11,70, Thorn 9,37, Uelzen i. Du. 5,—, Uetersen i. Du. 2,50, Waren i. Du. 1,—, Wilhelmshurg i. Du. 2,50, diverse Einzelzahler 43,—, Finsen für belegte Gelde M. 692,58.

Streifonds.

Braunschweig M. 30,—, Charlottenburg 60,—, Doberan 84,—, Heilbrunn 20,65, Kiel 50,—, Pinneberg 20,—, Stendal 10,—, Groß-Wockern 5,80, Jarrentin 10,—.

Ab. Römer, Hauptkassirer.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Berichtungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

Beckh. Sonntag, den 22. März, im Vereinslokal.
Brandenburg. Mittwoch, den 18. März, Abends 8 Uhr, auf der Zimmererherberge, Wollweberstraße.
Charlottenburg. Dienstag, den 17. März, bei Jeder, Bismarckstraße 74.
Cottbus. Mittwoch, den 18. März, bei Gastw. Liebt, Schloßplatz.
Dortmund. Dienstag, den 17. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Honny, Heiligengartenstraße 50.
Deffau. Sonnabend, den 21. März, in Volkshaus's Restaurant, Friederikenstr. 36.
Friedrichshagen. Sonntag, den 22. März, Nachm. 3 Uhr, bei Max Lerche, „Bürgeräle“.
Frankfurt a. M. Mittwoch, den 18. März, im „Rebstock“, Kruggasse 4.
Friedrichshagen bei Berlin. Sonntag, den 22. März, Vorm. 11 1/2 Uhr, bei Fuchs, Uchtenberg, Dorfstr. 2.

Gr.-Lichterfelde. Dienstag, den 17. März, bei Senger, Kurfürstenstraße.
Halberstadt. Dienstag, den 17. März, in Vollmann's Lokal, Valenstraße 63.
Hamburg. Dienstag, den 17. März, Abends 8 Uhr, im „Engl. Livoli“, St. Georg, Kirchenallee.
Herne. Mittwoch, den 18. März, bei Brunwald, v. b. Hehlstraße.
Leungo. Sonnabend, den 21. März, bei Gastwirth Briloff, Mittelstr. 16/17.
Lübeck. Dienstag den 17. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Sparmann, Hundestraße 101.
Magdeburg. Sonnabend, den 21. März, Rahlabend.
Mannheim. Sonntag, den 22. März, Vormittags 10 Uhr, bei Laible, H 5, Nr. 12.
Münster i. W. Dienstag, den 17. März, Abends 8 Uhr, bei Brinkmann, Klosterstraße 82.
Nürnberg. Sonntag, den 22. März, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im „König von England“.
Pirna. Sonnabend, den 21. März, Rahlabend.
Plauen. Dienstag, den 17. März, in der „Tulpe“.
Wolgast. Sonnabend, den 21. März, Abends 8 Uhr bei Schulz.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokalverbände respektive Vertrauensleute bei.

Die Reiseunterstützung in Harburg

wird ausbezahlt bei Robert Volkstädt, Feldstraße 5, part. links.

Anzeigen.

(Laut Beschluß der Generalversammlung wird den Anzeigen der Kostenpreis in Klammern beigegeben. Wir eruchen nun, ohne weitere Aufforderung das Geld in Briefmarken unter der Adresse A. Bringmann, Hamburg-Barmbeck, Feslerstraße 28, 1. Et., einzusenden. Von Zeit zu Zeit werden wir dann öffentlich darüber quittiren; dadurch werden ganz erhebliche Unkosten und auch ein groß Theil Arbeit gespart.)

Zahlstelle Constanz.

Das bisherige Mitglied Gehr ist auf Grund des § 9 Abs. 1 unseres Statuts aus der Mitgliederliste gestrichen. Den Mitgliedern Reuss, Buchnummer 4032, und Schoffen, Nr. 5741, sind die Mitgliedsbücher abhandelt bekommen. [M. 2,10]



Mai Marken

liefert schnell und billig
Jean Holze,
 Hamburg, Gr. Drehbahn 45.
 Verlangen Sie Muster.

J. Blume & Co., Hamburg.

Grösstes Versandgeschäft

in englisch-ledernen und manchesternen

Arbeiter-Kleidern.

Muster und Preisliste gratis.

Muster und Preisliste gratis.

Berichtslokale, Herbergen usw.

(Jahres-Inferat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einsendung von M. 8.)

Altona a. d. Elbe. Verkehrslokal und Herberge bei Krüger, Vohlmühlenstraße 36.
 — Verkehrslokal bei Carl Fischer, Wilhelmstraße 37.
Berlin, N. Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
 — W. Ripple, Markusstraße 14, Eingang Grünerweg. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
 — August Paulsch, W., Kulmburgerstr. 36. Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
 — Gustav Glaue, W., Krausenstraße 18, Restauration und Arbeitsvermittlung für Zimmerer.
 — E. Fürstenau, SO., Mantuffel- u. Reichenbergerstraßen-Ecke. Jeden Sonntag Vorm.: Zahlstelle des Verbandes 2. Bezirk, sowie d. Zentral-Krankenkasse d. Zimm. Zahlst. 5.
Bergedorf. Zentralherberge und Verkehrslokal bei Joh. Bez, Löffelwiese 8.
Böhum. Zimmererherberge beim Gastwirth Krüger, Schützenbahn 8.
Breslau. Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Oberstr. 3, „Grüner Hirsch“ Zentralherberge „In den drei Tauben“ Neumarkt 8.
Charlottenburg. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Versammlung und Rahlabend der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer. Arbeitsvermittlung, Verkehrslokal und Zentralherberge beim Kameraden A. Leder, Bismarckstr. 74.
 — Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer bei E. Hochmuth, Krumme Str. 19.
Danzig. Verkehrslokal u. Zahlstelle des Verbandes Große Mühlengasse 9. Alle 14 Tage Versamm. der Zahlstelle des Verbandes u. der Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse.
Dresden. Verkehrslokal und Herberge: „Gasthof zum goldenen Fuß“, Mühlengasse 3. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.
 — Jehl's Restaurant, Mittelstraße 6. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle I.
 — Zimmermann's Restaurant, Schönbrunnstr. 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle II.
 — „Deutsche Eiche“, Striesen, Huttenstraße 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, IV. Bezirks.
Hamburg. Zentralherberge: Bid (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.
Hamburg-St. Georg. Aug. Bräsecke, Steinthorweg 2. Keller. Mittwochs: Gesangverein der Zimmerer.
Hamburg-Eimsbüttel. Fr. Lemcke, Verkehrslokal Belle-Alliancestr. 49.
 — Carl Hesse, Verkehrslokal, Eimsbütteler-Chaussee 74.

Hamburg-Barmbeck. Verkehrslokal für Zimmerer, Rud. Ellerbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbstraße.
Hamburg-Barmbeck. D. Niemeier, Wandbelerstr. 129, 1. Et. Vermietung von Zimmerwerkzeug.
Hannover. Versammlungslokal und Zentralherberge bei Volte, Neuestr. 27.
Harburg. Versammlungslokal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Büssenhop, erste Bergstraße 7.
Heilbronn. Jeden Sonntag nach dem Vortage, Nachmittags 3 Uhr, Versammlung. Verkehrslokal, sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer im „Gasthaus zur Rose“, Marktplatz.
Herne. Versammlungslokal und Herberge bei Brunwald, v. b. Hehlstraße.
Kellinghusen. Herberge und Vereinslokal: S. Wrage, „Volkshalle“.
Ludwigshafen. Die Zentralherberge befindet sich in der Bismarckstraße Nr. 1.
Leipzig. Verkehrslokal, Arbeitsnachweis, Fremdenherberge und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse im Universitätskeller, Ritterstr. 7 (Zentral-Verkehr der Gewerkschaften). Kassirer der Zentral-Krankenkasse: Joseph Frischke, Leipzig-Neuditz, Leipzigerstr. 8, und August Kaiser, Friedrichstr. 41.
Lübeck. Verkehrslokal: Fr. Sparmann, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: J. Strunk, Rosenstr. 14/6.
München. Das Verkehrs- und Versammlungslokal des Lokalverbandes bef. sich im „Passauer Hof“ Dultstr. 4. — Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, findet hier Versammlung statt.
Pankow. G. Gauer, Spandauer- u. Schönhauserstr.-Ecke, Verkehrslokal. Sonntags nach dem 1. u. 15. jed. Monats, Nachm. 3—4 U., w. Verbandsbeitr. entgegengenommen.
Rostock. Verkehrslokal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marten, Beguinenberg 10.
Schwerin. Verkehrslokal und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse: Gr. Moor 49.
Stettin. Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes, sowie Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer bei F. Weißberg, Bismarckstr. 10. Zentralherberge Große Laßadie 14.
Stuttgart. Zentralherberge und Zahlstelle des Verbandes im „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14. Verkehrslokal und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse Holzstraße 18.
Wilhelmshaven. Verkehrslokal u. Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Bant. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelmshavenstr. 4.